

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 3,50 RM, monatlich 1,10 RM,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die hochgehaltene Kolonial-
zelle oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Beraternungs-Anzeigen 25 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Dienstag, den 5. Dezember 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Vorgeschichte
des preussischen Landtages.

Heute beginnt der preussische Landtag wieder seine Tätigkeit. Gutes ist von ihm für das Volk nicht zu erwarten.
Wurde er doch angeblich zum Werkzeug der Klassenherrschaft.

Getreu den Plänen seiner Urheber hat es sich entwickelt und bewährt. Den absolutistischen Gelüsten der Bürokraten dient es als Feigenblatt, den Ausbeuterinteressen als williges Werkzeug; rechtswidrig ist sein Ursprung, volksfeindlich sein Tun.

Kein freiwilliges Geschenk fürstlicher Großmüt an das Volk, wie höfische Legende behauptet, ist der sogenannte Konstitutionalismus in Preußen wie in Deutschland. Was wir jetzt an parlamentarischen Einrichtungen haben, ist die reaktionäre Verflüchtigung der vom Volke erkämpften Rechte.

Länger als ein Jahrhundert hat in den preussischen Landen der Absolutismus sich austoben können, seitdem, begünstigt von den Bedürfnissen der beginnenden kapitalistischen Entwicklung in einem durch Kriege und Seuchen zerrütteten Lande der große Kurfürst seinen eignen Willen zum obersten Gesetz machen konnte mit den Worten: „Ich stabilisiere die Souveränität wie einen rocher de bronze“.

Aber als damals in Preußen der Absolutismus mit seinen junkerlichen Stützen zusammenbrach, da war dort noch kein klassenbewusstes Proletariat vorhanden. Ja, in dem damals fast ausschließlich ostelbischen Preußen gab es nicht einmal ein klassenbewusstes Bürgertum, das die Fäden ergreifen, zeitgemäße Einrichtungen schaffen und einem wirklich konstitutionellen Leben hätte Bahn brechen können.

Vor der drohenden Vernichtung durch die französische Weltmonarchie waren Staat und Königtum durch die Erhebung des Volkes gerettet worden. König Friedrich Wilhelm III. sagte sich trotzdem nicht an, auf seine absolutistischen Rechte zu verzichten.

An einem Königswort soll man nicht drehen und deuteln“ blieb es zur Beschwichtigung der Rögler und Schwarzseher, die dem Versprechen, das in der Not gegeben war, nicht recht trauten. Der biedere, der gute, der fromme König Friedrich Wilhelm III., dem höfische Geschichtsschreiber noch heute eine ganz besonders starke Portion von der „Erbswürde“ der Hohenzollern“ zuschreiben, hat an jenem Königswort auch nicht gedreht und gedeutet, nicht im allermindesten. Er hat es nämlich überhaupt nicht eingelöst. 25 Jahre lang hat er nachher noch regiert, hat den engherzigen bürokratischen und junkerlichen Polizeiseelen freien Spielraum gelassen zur Mißregierung des Volkes, hat, getreu dem Willen des Jaren, mit dem er die heilige Allianz gestiftet, jede freiheitliche Bewegung im Volke unterdrückt, ließ die Demagogen in den Kerker werfen und ist 1840 aus dieser Sündenwelt geschieden, in päpstlichen Lobpreisungen gefeiert, unter feines Volkes.

Diese lehrreiche Geschichte, aus der deutlich erhellt, wie es einem Volke ergeht, das sich nicht selbst seine Rechte zu sichern weiß, sollte noch heute in Deutschland überall zur Ruhanwendung empfohlen werden. Denn der Deutsche ist nur allzu geneigt, sich selbst in kritischen Weltlagen zu dem historischen Philisterpruch zu bekennen, den nach der Schlacht von Jena der flüchtende Kommandant von Berlin den Berlinern ans Herz legte: „Ruhe ist jetzt die erste Bürgerpflicht“.

Ruhe hielt das preussische Volk auch nach dem Tode Friedrich Wilhelms III. noch sieben Jahre lang, trotzdem dessen Sohn Friedrich Wilhelm IV. auch seinerseits das väterliche Versprechen nicht einlöste, wohl aber seinen romantischen Gelüsten nach der Wiedererweckung mittelalterlicher Zustände durch viele ebenso schwungvolle wie widerspruchsvolle Reden in selbstgefälliger Weise Ausdruck verlieh.

Erst 1847 suchte er mit seinen junkerlichen Ratgebern das wachsende Verlangen der bürgerlichen Gesellschaftsschichten nach parlamentarischen Einrichtungen damit abzuspitzen, daß er den vereinigten Landtag ins Leben rief, eine nur beratende Körperschaft, die aus einer Kombination der provinziellen Ständevertretungen zusammengesetzt war. Das Junkertum hatte darin die Uebermacht und führte das große Wort. Dieser kurzlebige vereinigte Landtag gliederte sich aufs Haar in starker Familienähnlichkeit dem ersten Dumaprojekt, durch das Nikolaus II. zunächst den revolutionären Sturm in Rußland zu beschwichtigen versuchte. Nicht nur in der Form, in dem Aufbau auf den Provinzialständen hier, den Semstwo dort, tritt diese Ähnlichkeit zutage, sie offenbart sich auch in den Rechtsbeschränkungen, die für beide Körperschaften die Nachtzettel sich ausgeklügelt hatten. Der damalige Prinz von Preußen, der spätere König Wilhelm I., hatte als Vorsitzender des Ministerausschusses der Einführung des Vereinigten Landtages widerstrebt, weil selbst dieses Zerrbild einer Vertretungskörperschaft ihm zu konstitutionell war. Als in der Sitzung vom 16. April 1847 deshalb der Abgeordnete Haupmann erklärte, die Minister hätten offenbar Mißtrauen gegen die Ständevertreter, daß sie ihre Rechte mißbrauchen könnten, bestritt der Prinz, daß er und die Minister irgend ein solches Mißtrauen hegten und fuhr dann wörtlich fort:

„Über eine Voraussetzung haben wir gehabt, daß die Verordnungen, die zum besten des Vaterlandes gegeben wurden, Freiheiten und Rechte der Stände, niemals auf Kosten der Rechte und Freiheiten der Krone gewährt werden sollten. Das ist der Grundsatz, nach welchem ich an diesem Werk teilgenommen habe und einen Vorwurf des Mißtrauens lasse ich auf die Krone und ihre Räte nicht kommen.“

Dieser Ausspruch ist ein amüsanter Beweis dafür, welche verworrene staatsrechtliche Vorstellungen in diesem prinziplichen Haupte ihr Wesen trieben. Er wollte zwar den Ständen Recht und Freiheiten gewähren, niemals aber auf Kosten der Rechte und Freiheiten der Krone. „Freiheiten“ der Krone sind bisher noch eine völlig unbefamte Größe geblieben. Es bedarf offenbar einer besonderen prinziplichen Veranlassung, um sich bei diesem vollkommenen Widerspruch etwas denken zu können. Was aber jetzt dem Ausspruch neues Interesse verleiht, ist, daß er fast wörtlich in jenem Regierungscommuniqué wiederkehrt, in dem Nikolaus II. in gleicher Weise zunächst die Rechte der Duma zu definieren versuchte. In Rußland ist dies lebensunfähige Projekt überhaupt gar nicht ins Leben getreten. Die revolutionäre Bewegung geriet es kurz nach seinem Erscheinen. In Preußen, wo derzeit die geschichtliche Wähle noch langsamer arbeitete, vegetierte der Vereinigte Landtag etwa ein Jahr lang. Es bedurfte des Donners der französischen Februarrevolution, um auch das Volk Preußens zum Handeln aufzurütteln. Die Revolution des Jahres 1848, die Barrikadenkämpfe vom 18. März in Berlin, erzwangen dann dem preussischen Volke die Verfassung, die es jahrzehntlang von der Einlösung eines königlichen Versprechens vergebens erhofft hatte.

Wie die Pariser Februarrevolution war auch die Berliner Märzrevolution eine in ihrem Kern proletarische Bewegung, ausgefochten durch Proletariatskräfte, aber unter bürgerlicher Führung und mit einem bürgerlichen Programm. Das preussische Bürgertum von 1848 war zwar in seiner politischen Auffassung noch überwiegend Kleinbürgerlich gefärbt. Es hatte aber doch schon eine starke Großindustrie, besonders in den westlichen Landesteilen sich entwickelt. Ihre Wortführer, die Camphausen und Hansmann, wußten ihr Klasseninteresse trefflich zur Geltung zu bringen. In der gärenden Zeit, als König und Bürokratie kopflos umhergeschwankten und das reaktionäre Junkertum sich verlor, gewannen sie Einfluß bis zur Erringung von Ministerposten. Das Proletariat dagegen bestand trotz der großen Zahl der Industrie-Arbeiter in seiner Mehrheit noch aus Handwerkergehilfen ohne ausgeprägtes Klassenbewußtsein. Es entwickelte sich aber schnell unter dem fördernden Einfluß der revolutionären Bewegung. Und als in Frankreich im Sommer des Jahres 1848 zum erstenmal sich Bourgeoisie und Proletariat in offenem Klassenkampf gegenübertraten, war auch in Deutschland schon in den breiten Massen der Arbeiterchaft der Traum von dem gemeinsamen Interesse des ungeteilten dritten Standes gegenüber Adel und Monarchie im Schwinden begriffen. Das Bürgertum suchte Halbpart zu machen mit Adel und Bürokratie, um das „gemeine Volk“ niederzuhalten. Es wurde dabei nach altem Brauch übers Ohr gehauen. Und die reaktionären Mächte versuchten nunmehr die Anfänge konstitutionellen Lebens, die das Jahr 1848 geschaffen, mit allen Mitteln

der List und Gewalt zu ersticken. Das Proletariat hatte noch nicht Kraft genug zu selbständigem Auftreten. Es mangelte ihm noch das Massenbewußtsein, es gebrach an jedweder politischen Organisation. So war es außerstande, den Kampf gegen die geeinigten herrschenden Klassen zu unternehmen.

Auf diesem Hintergrunde entwickelte sich der Verfassungskonflikt folgendermaßen:

In der Revolutionsnacht vom 18. auf den 19. März waren dem eingeschüchterten König Friedrich Wilhelm IV. plötzlich alle die absolutistischen Bedenken verschwunden, die ihn früher gehindert hatten, sich zu einer Konstitution zu bequemen. Er hatte jetzt nichts mehr dagegen, daß „ein Blatt Papier sich zwischen ihm und sein Volk dränge“. Der reaktionäre Prinz von Preußen flüchtete nach England, und der romantische König genehmigte die Zusammenberufung einer Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für alle über 24 Jahre alten Männer, die allerdings in indirekter Wahl als Urwähler durch die Vermittlung von Wahlmännern die Abgeordneten zu wählen hatten. Gleichzeitig trat auch in Frankfurt a. M. eine Nationalversammlung für Deutschland, der Reichstag, ins Leben. Die Schilderung der Einzelereignisse in jener Periode, die sich als die der abflauenden Revolution und der anschwellenden Reaktion kennzeichnen läßt, müssen wir hier übergehen. Das Bürgertum in Preußen wie in Deutschland bewies seine politische Unreife damit, daß es Adel und Bürokratie in sämtlichen Rechtspositionen unangestastet ließ und mit professoralem und abulatorischem Schwach die Zeit verträdelte, innerhalb deren es sich noch auf die Tatbereitschaft breiter Volksmassen stützen konnte. Sobald die Bourgeoisie auf diese Weise das Vertrauen des Volkes erschöpft hatte, ging die Reaktion mit wachsender Kühnheit ans Werk, die halb entwickelten und schlecht ausgeübten Volksrechte zu zerbrechen oder einzuschneiden. Aufstände hier und da, in Wien, in Baden und der Pfalz, in Dresden, wurden niedergeschlagen. Berlin wurde mit Truppen unter General v. Wrangel überschwemmt. Dann wurde die preussische Nationalversammlung am 21. November erst nach Brandenburg verlegt und am 5. Dezember aufgelöst. Dieser freie Staatsstreik, die Auflösung der konstituierenden preussischen Nationalversammlung feiert also gerade heute sein 57jähriges Jubiläum.

Das reaktionäre Ministerium fühlte sich nunmehr stark genug, einen Gewaltstreik gegen das allgemeine Wahlrecht zu führen. Es „oktroierte“, d. h. erließ auf dem Verordnungswege gegen Recht und Gesetz am 6. Dezember ein neues Wahlgesetz, das mit einem Schlag alle „unselbständigen“ Männer, 700 000 an der Zahl, des Wahlrechts beraubte. Das Bürgertum ließ sich das ruhig gefallen. Es knirschte zwar mit den Zähnen und wählte auch nach dem neuen Gesetz eine oppositionelle Kammer, aber es beschränkte sich auf Proteste gegen den Gewaltakt der Regierung. Da die erste Eisenbartur nicht hinreichend fruchtbar hatte, aber von dem Bürgertum nach der gemachten Probe ernstlicher Widerstand gegen neue Staatsstreich nicht zu fürchten war, jagte die Regierung am 27. April das oppositionelle Parlament wiederum zum Teufel und erließ am 30. Mai 1849 abermals auf dem Verordnungswege für das Abgeordnetenhaus ein neues Wahlgesetz, das durch Einführung des Dreiklassenwahlsystems für die Vormacht des Geldsachinteresses in dieser sogenannten Volksvertretung Sorge trug. Der Landtag, der auf Grund dieses doppelten Verfassungsbruches ins Leben trat, hat dann neben der Schaffung des Herrenhauses auch das Dreiklassenwahlsystem sanktioniert. Von Änderungen im einzelnen abgesehen, ist es bis heute, also jetzt über 56 Jahre in Kraft geblieben, eine Spottgeburt des Verfassungsbruches, eine freche Verhöhnung der Rechtsidee, mit der die Wortführer der bürgerlichen Klassen so gerne kokettieren, ein lebendes Zeugnis dafür, daß die Macht, nicht irgend ein abstraktes Recht die staatliche Entwicklung bestimmt. So ragt dieses Zerrbild einer Volksvertretung in unsere Zeit hinein als ein beschämendes Denkzeichen für die unterdrückten Klassen, daß sie durch Eroberung der politischen Macht sich die Rechte sichern müssen, die ihnen ohne ihr Zutun nie in den Schoß fallen werden.

Fühlt das preussische Proletariat sich stark genug, dieses Mahnwort zu beherzigen, um den Kampf um das Recht und um die Macht zu einem siegreichen Ende zu führen? Also vorwärts! Sorgt dafür, daß die Aufklärung über das Unrecht, das uns geschehen, in die weitesten Massen der Indifferenten hineingetragen wird! Das erkrankte Proletariat hat die schwere Unterlassungssünde des Bürgerturns endlich gut zu machen. Es gilt die Erringung des gemeinen allgemeinen und direkten Wahlrechts in Preußen.

Wahlrechtskundgebungen in Sachsen.

In verschiedenen Städten Sachsens haben am Sonntag Protestversammlungen gegen das jetzige Landtagswahlrecht stattgefunden. In Dresden, Chemnitz und Plauen i. Vogtl. Wir erhielten darüber folgende Berichte:

Die Arbeiter Dresdens auf der Straße.

Dresden, 3. Dezember. (Fig. Ver.)
Zu einer impulsiven Kundgebung auf der Straße gestalteten sich die heute hier abgehaltenen Protestversamm-

lungen gegen das Dreiklassenwahlrecht. In sieben der größten Städte Dresden strömten die Massen bereits eine Stunde vor der festgesetzten Zeit, so daß alle Lokale lange vor Beginn der Versammlung polizeilich gesperrt wurden und Tausende in kleineren und größeren Gruppen auf den anliegenden Straßen umhergingen. Von Polizei wegen hatte man der erwarteten Straßenumgebung auf eine ganz eigenartige Weise vorgedungen gesucht. Am Donnerstagmittag waren die das ostfächische sozialdemokratische Agitationskomitee bildenden Genossen Fleißner, Thieme und Reichelt auf Ersuchen beim Polizeipräsidenten Köttig erschienen, um einen Bescheid entgegenzunehmen. Dem Sinne nach ließ dieser sich folgendermaßen aus. Er habe gelesen — eine Nummer der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ lag auf dem Tisch —, daß am Sonntag wiederum große Demonstrationen gegen das Dreiklassenwahlrecht stattfinden sollen. Nach der ganzen Stimmung, die in den vorigen Versammlungen geherrscht habe und zu beobachten sei, nach den Anmerkungen der Referenten in diesen Versammlungen, nach der dort angenommenen Resolution, nach der Schreibweise der „Arbeiterzeitung“ usw. dürfe angenommen werden, daß diesmal außer den Versammlungen auch Demonstrationen auf der Straße beabsichtigt seien. Er, der Polizeipräsident, denke und handle nicht kleinlich gegen die Sozialdemokratie, Straßendemonstrationen aber würde er unter keinen Umständen dulden.

Unsere Genossen sprachen zunächst ihre Verwunderung über diesen Bescheid aus, da von einer organisierten Straßendemonstration nicht die Rede sein könne, die Einberufung der sozialdemokratischen Versammlungen aber Sache einzelner Vereine und Personen sei. Sie nahmen jede Verantwortung für das, was vor, in oder nach den Versammlungen gechehe, ab. Den eben bekommenen Bescheid nahmen sie zur persönlichen Information entgegen, ohne daraus irgend welche Verpflichtungen für sich der Polizei gegenüber herzuleiten.

Diesem Bescheid entsprechend waren umfangreiche polizeiliche Vorkehrungen getroffen; das Verfahren des Polizeipräsidenten hat aber gerade das herbeigeführt, was vermieden werden sollte. — Die Versammlungen, in denen circa 12 000 Personen anwesend waren, verliefen ohne jeden Zwischenfall. Nach Schluß hörte man den Ruf: „In die Stadt“, oder „Nach dem Altmarkt“. Alles strömte in das Stadtimere. Die von den Versammlungen ausgesperrten Straßen in heller Sädhare zu den Abziehenden. Gegen 1 Uhr dürften schätzungsweise mindestens 60 000 bis 70 000 Personen in der Altstadt auf den Weinen gewesen sein. Auch von auswärtig, aus der näheren Umgebung Dresdens, waren Scharen von Arbeitern nach der Stadt gekommen. Sämtliche Zugänge nach dem Altmarkt wurden 1/2 1 Uhr von starken Polizeiposten gesperrt, nur einzelne Personen ließ man passieren. Am Schlußplatz, beim Königl. Hof, kam es infolge des rücksichtslosen Vorgehens der Polizei zu blutigen Szenen. Die Gendarmerie zog gegen die aus der Altstadt anrückenden Massen, die nicht zurück konnten, blanz, und hieb mit scharfer Klinge ein, so daß eine Anzahl Personen verletzt wurden. In Volkshaus meldete sich ein Mißhandelter, der einen Säbelhieb über die Nase erhalten hatte; mehrere hatten Wunden auf dem Kopfe; in einigen Fällen war der Hieb durch den steifen Hut gemildert. Auch auf der König Johannstraße hieben die Polizisten mit der flachen Klinge während auf das Publikum, obwohl in dem Moment dort gar kein Andrang herrschte.

Am Neustädter Markt, vor der Hauptwache, hatten sich infolge der Straßensperrung auf Neustädter Seite viele Tausende angeammelt. In die Militärmusik der Nachtparade tönten begeisterte Hochrufe auf das freie Wahlrecht. Wiederholt wurden von den Massen die Schutzmannsposten durchbrochen.

Nach 1 Uhr wogte es von Menschenmassen auf allen Straßen und auf allen Plätzen der inneren Stadt, nach dem Altmarkt zu. Zeitweilig stockte der Verkehr gänzlich. Von der inneren Stadt zogen später große Massen im Laufschrift nach der Wiener Straße, wo Ministerpräsident v. Mehse wohnte. Die Polizei im Laufschrift hinterdrein. Dann folgte auch dort eine Straßensperrung mit blanker Waffe. Der Postplatz war zeitweise dichtgedrängt voll von Menschen. Vertilgte Gendarmerie drängte die Massen immer wieder zurück in die Straßen.

Um 1/2 1 Uhr sprengten vom Postplatz plötzlich etwa 25 Verittene durch die Wallstraße, wobei ein Gendarm zum größten Gelächter des Publikums vom Pferde fiel. Sie waren nach dem Reichshaus beordert, kamen aber zu spät, da die Demonstranten, nachdem sie dort mit dem Sozialistenausschritt angegriffen waren und Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht ausgebracht hatten, schon wieder abgezogen waren.

Der 3. Dezember in Dresden wird die herrschende Klasse in Sachsen zu der Ueberzeugung gebracht haben, daß es dem Volke mit der Veseitigung des Dreiklassenwahlrechtes ernst ist. Die Massen waren nicht zu halten. Die Regierung wagt ein gefährliches Spiel. Es gibt keine Ruhe in Sachsen, bis nicht das jetzige Wahlsystem verschwunden ist.

In den Versammlungen wurde überall folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt im Namen des gesamten berechtigten Volkes, daß sie die neuerdings von der sächsischen Regierung und der Mehrheit der Zweiten Kammer des Landtags zum Ausdruck gebrachte ablehnende Haltung gegenüber der vom Volke dringend geforderten Wahlrechtsreform als eine unbegreifliche Mißachtung des Volkswillens betrachtet; daß die Erbitterung besonders des arbeitenden Volkes aufs höchste gestiegen ist und daß für die aus dieser Empörung der Massen entstehenden Folgen die sächsische Regierung und der Landtag allein die Verantwortung tragen. Das Volk scheint nicht gewillt, bei papierenen Protesten, die bisher alle unbeachtet blieben, es bewenden zu lassen. Die Androhung von Polizeimahregeln gegen Wahlrechtsdemonstrationen hält die Versammlung als nicht geeignet, das Volk zu befriedigen.“

Straßendemonstration in Chemnitz.

Chemnitz, 3. Dezember. (Eig. Ver.)

Auch hier in Chemnitz kam es am Sonntag zu gewaltigen Demonstrationen auf den Straßen. Zu demnächst 11 Uhr waren nach fünf großen Sälen Versammlungen einberufen, um zu der Behandlung der Wahlrechtsfrage im Landtage Stellung zu nehmen. Der Andrang war außerordentlich stark. Als um 12 Uhr die Versammlungen nach Annahme einer scharfen Protestresolution geschlossen waren, leiteten sich die Massen langsam in Bewegung, der inneren Stadt zu. Die gesamte Polizei war auf den Weinen. Die engen Straßen der inneren Stadt konnten kaum die dichten Massen. Immer wieder ertönten brausende Hochrufe auf das gleiche und direkte Wahlrecht.

Gegen 1 Uhr mittags trafen die Demonstrationen auf dem Markte zusammen. Die Wagen mußten halten. Als die riesige Menschenflut sich durch die Friedrich-Auguststraße und über den verkehrsreichen Johanniplatz ergoß, stockte aller Verkehr. Nur ab und zu vermochten die Schulente einen Straßenbahnwagen langsam passieren zu lassen. Auf dem Neustädter Markt gingen die Massen nach einem letzten Hoch auf das gleiche und direkte Wahlrecht auseinander. Da Tausende ihren Weg nochmals durch die engen Straßen der inneren Stadt nehmen mußten um zu ihren Wohnungen zu gelangen, waren viele Straßen nochmals mit wogenden Menschen-

massen erfüllt. Hochrufe auf das Wahlrecht hallten immer wieder durch die Luft; brausend ertönte der Gesang der Arbeitermarschallise.

Einige Verhaftungen sollen vorgekommen sein. Insgesamt verlief die Demonstration aber ebenso ruhig wie imposant. Der Sonntag war ein Glangtag für die Arbeiterschaft.

Straßenumgebung in Plauen.

Wie in Dresden und Chemnitz haben auch in Plauen lebhafteste sozialdemokratische Kundgebungen gegen das Dreiklassenwahlrecht stattgefunden. Nach einer sozialdemokratischen Versammlung im Schillergarten zogen, wie der „Vogtländ. Anz.“ meldet, etwa 1000 Mann vor die Wohnung des Oberbürgermeisters und später zum Marktplatz. Der Polizei gelang es, die Menge zu zerstreuen. Zehn Personen wurden festgenommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Dezember.

Eine Denkschrift zur Flottenvorlage.

Dem Reichstag ist ein Band von 280 Seiten Umfang zugegangen, in dem die Entwicklung der deutschen Seemacht im letzten Jahrzehnt statistisch dargestellt wird. Dieser statistische Aufwand soll, wie es in der Denkschrift heißt, als Material für die Beratung der Flottenvorlage dienen.

Der größte Teil der Denkschrift behandelt das eminente Wachstum des deutschen Handels, speziell des Ueberseehandels. Der deutsche Außenhandel ist, so wird ausgeführt, von 7,3 Milliarden im Jahre 1894 auf 12,2 Milliarden im Jahre 1904 gestiegen, und an diesem Aufschwung ist wiederum der Ueberseehandel besonders beteiligt: er stieg in dem genannten Zeitraum von 4,9 Milliarden Mark auf 8,5 Milliarden Mark, vermehrte sich also um 75 Proz., während der Landhandel nur von 2,5 Milliarden Mark auf 3,7 Milliarden Mark wuchs, also um 48 Proz. Daraus soll nun offenbar geschlossen werden, daß Deutschland sich auch eine entsprechend starke Kriegsstotte schaffen müsse. Die Zahlen beweisen aber gerade das Gegenteil. Sie bezeugen mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit, daß der Handel eines wirtschaftlich konkurrenzfähigen Industriestaates völlig unabhängig ist von der Größe der Kriegsstotte. England und Frankreich besaßen eine weit stärkere Kriegsstotte, folglich hätte sich nach der Logik unserer Marinechwärmer auch der Außenhandel dieser Staaten um so viel stärker entwickeln müssen. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall gewesen; das Wachstum des Handels dieser Nationen ist prozentual weit hinter dem Wachstum des deutschen Handels zurückgeblieben. Während der deutsche Gesamtexport um 66 Proz. zunahm, nahm der englische Handel nur um 38 Proz., der französische nur um 28 Proz. zu. Weber die gewaltigen Kriegsstotten noch die gewaltigen Kolonien dieser beiden Länder ermöglichen ihnen, mit der Entwicklung des deutschen Handels gleichen Schritt zu halten. Die Zahlen des Exports beweisen also unwiderleglich, daß die Entwicklung des Handels heute völlig unabhängig ist von Kriegsstotte und Kolonien, daß vielmehr ganz andere Faktoren, in erster Linie die Intelligenz der produktiven Klassen, ausschlaggebend dafür sind.

Der ganze Zahlenaufwand des Reichsmarineamts ist also vergebens gewesen! Er bietet im Gegenteil die besten Argumente gegen die Flottenchwärmer.

Die Unsinngkeit dieser Art von Beweisführung wäre noch frappanter hervorgetreten, wenn die Denkschrift, wie wir das in Nr. 271 des „Vorwärts“ getan haben, eine übersichtliche Gruppierung des Exports vorgenommen hätte. Es hätte sich dann ergeben, daß von der deutschen Gesamtausfuhr von 6815 Millionen Mark im Jahre 1904 nicht weniger als 4700 Millionen nach Oesterreich-Ungarn, den Niederlanden, der Schweiz, Dänemark, Schweden, Belgien, Italien, Frankreich, Rußland, Großbritannien und seiner Hauptkolonien, sowie der Nordamerikanischen Union ausgeführt wurden, also nach Ländern, wo Deutschland sich beim besten Willen durch seine Schiffskolonien keinen größeren Absatz für seine Produkte erzwingen kann, und wo das deutsche Kapital ebenso wenig durch diese Kolonien geschützt zu werden braucht. Diese Exportziffern beweisen ferner, daß der Ausfuhrzuwachs Deutschlands gerade für diese Länder, denen gegenüber eine starke Flotte für die Kaufe ist, am allerbedeutendsten ist, während der Export nach „wildem“ Ländern und gar nach unseren Kolonien ein verschwindend minimaler ist. Und da umgekehrt die alten Industriestaaten auch mit ihrem Exportzuwachs nach Deutschland mehr als zureichen sein können — zöhlenmäßige Beweise dafür gaben wir in dem angezogenen Artikel — brauchen wir auch keine starke Flotte, um einer sich nichtigertweise in Gewalttätigkeiten äußernden Eifersucht gegenüber gerüstet zu sein! Auch das, was in der Denkschrift über Deutschlands Fleederei, Deutschlands Schiffbau, sein Kabelnetz, seine Kapitalanlagen im Ausland weitläufig angeführt wird, beweist nur, daß es auch ohne eine starke Kriegsstotte vorwärts geht.

Rätselhaft ist vollends, was die Zahlen über die deutsche Auswanderung in der Denkschrift sollen. Sie beweisen doch höchstens, daß zum Beispiel Nordamerika einen so starken Einfluß deutschen Geldes besitzt, daß wir alle Ursache haben, mit der Union auf gutem Fuß zu leben, und namentlich jeden Versuch zu unterlassen, etwa durch kolonialpolitische Untriebe in Südamerika den Argwohn der so eifersüchtig über die Beachtung der Monroe Doktrin wachenden Union zu erwecken! Sie beweisen ferner, daß der Abfluß der deutschen Auswanderung nach den eigentlichen Kolonialländern ein äußerst geringfügiger ist, und schließlich, daß die Auswanderung mit dem Emporblühen des deutschen Handels und der deutschen Industrie bedeutend abgenommen hat. Das sind alles Tatsachen, die gegen eine Flotten- und Weltmachtspolitik sprechen! Der Unwert unserer Kolonialpolitik erhellt drastisch auch aus den Ziffern unseres ostasiatischen Handels. Der Export nach Kiautschou, das uns bereits weit über hundert Millionen, mit den Kosten für den Vorkriegszug sogar weit über 300 Millionen Mark gekostet hat, betrug 1904 ganze 7,7 Millionen Mark, während unser Handel nach Japan sich von 17,1 Millionen im Jahre 1894 auf 57,8 Millionen im Jahre 1904 erhöhte, ebenso unsere Ausfuhr nach China in dem gleichen Zeitraum von 23,2 auf 57,9 Millionen Mark. Diese Beispiele beweisen förmlich schreiend den Unsinn unserer Flotten- und Kolonialpolitik.

Besondere Beachtung verdienen schließlich die Zahlen der Denkschrift, die sich mit den Heeres- und Marineabgaben der verschiedenen Länder beschäftigen und darzutun sollen, wie relativ geringfügig die deutschen Lasten für den Militarismus und Marinismus seien. Wir werden auf diese Zahlenpielerereien noch des näheren eingehen. Für heute nur ein Beispiel. Für das Jahre 1903 berechnet die Denkschrift des Reichsmarineamtes die Ausgaben Deutschlands für Heer, Flotte und Schulden (des Reiches und der Bundesstaaten) auf 1 438 705 000 M., wogegen Frankreich dafür 1 754 308 000 M., Großbritannien 2 043 733 000 M. ausgegeben habe. Zunächst hätte die Denkschrift besser getan, neuere Zahlen anzuführen, erhöhen sich doch die Ausgaben Deutschlands für den Militarismus und Marinismus im Jahre 1906 auf circa

1 800 000 000 M. Außerdem vergißt die Denkschrift darauf hinzuweisen, daß England und Frankreich riesige Kolonialreiche besitzen, namentlich aber, daß in keinem Lande die bestehenden Klassen so wenig zu den Lasten für Heer und Flotte beitragen wie gerade in Deutschland!

Alles in allem: die ganze Denkschrift ist trotz ihres Umfangs ein geradezu lässlicher Versuch, mit untauglichen Mitteln einen unhaltbaren Standpunkt zu begründen. —

Das preussische Volksschulunterhaltungs-Gesetz.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, der dem Landtag alsbald nach seinem Zusammentritt zugehen soll. Der Entwurf gliedert sich in vier Abschnitte, von denen der erste von den „Trägern der Schullasten“, der zweite von der „Verteilung der Volksschullasten“, der dritte vom „Schulvermögen“, der vierte von den „konfessionellen Verhältnissen“ handelt. Der letztere erscheint als der wichtigste. Er enthält u. a. folgende Bestimmungen:

An Volksschulen, die mit einer Lehrkraft besetzt sind, ist stets eine evangelische oder eine katholische Lehrkraft anzustellen, je nachdem die angestellte Lehrkraft oder die zuletzt angestellte gewesene Lehrkraft evangelisch oder katholisch war.

Statt der evangelischen Lehrkraft soll bei Erledigung der Stelle in der Regel eine katholische angestellt werden, wenn fünf Jahre nacheinander mindestens zwei Drittel der die Schule besuchenden einheimischen Kinder, auschließlich der Gastkinder, katholisch gewesen sind, und während dieser Zeit die Zahl der evangelischen Kinder weniger als zwanzig betragen hat. Unter gleichen Voraussetzungen soll in der Regel statt einer katholischen Lehrkraft eine evangelische angestellt werden. Die Veränderung bedarf der Zustimmung des Unterrichtsministers.

An einer Volksschule, an welcher nach ihrer besonderen Bestimmung bisher gleichzeitig evangelische und katholische Lehrkräfte anzustellen waren, behält es vorbehaltlich eines abändernden Beschlusses des Schulverbandes dabei auch in Zukunft sein. Und es können gleicherweise in dem betreffenden Schulverbande, in welchem lediglich Volksschulen der vorbezeichneten Art bestehen, neue Volksschulen auf derselben Grundlage errichtet werden. Der die Schulverwaltung abändernde Beschluß des Schulverbandes unterliegt der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde.

Bestehen in einem Schulverbande neben Schulen der im Abs. 1 bezeichneten Art solche, an denen nur evangelische oder nur katholische Lehrkräfte anzustellen sind, so soll bei Errichtung neuer Schulen darauf geachtet werden, daß das bisherige Verhältnis der Beschulung der Kinder in Schulen der einen oder anderen Art nicht wesentlich geändert wird.

Beträgt in einer gemäß Abs. 4 errichteten Schule die Zahl der die Schule besuchenden einheimischen evangelischen oder katholischen Kinder mit Ausschluß der Gastkinder über 60, in den Städten, sowie in Landgemeinden von mehr als 5000 Einwohnern über 120, so ist, sofern seitens der geschlossenen Vertreter von mehr als 60 bezw. 120 dieser Kinder der Antrag bei der Schulaufsichtsbehörde gestellt wird, für diese eine Beschulung in Schulen mit lediglich evangelischen oder lediglich katholischen Lehrkräften einzurichten, sofern eine Schule der letzteren Art im Schulverbande nicht bereits besteht.

Beträgt in einer öffentlichen Volksschule, die nur mit katholischen oder nur mit evangelischen Lehrkräften besetzt ist, die Zahl der einheimischen evangelischen und katholischen Schulkinder, mit Ausschluß der Gastkinder, dauernd mindestens zwölf, so ist zunächst für diese ein besonderer Religionsunterricht einzurichten.

Zu übrigen sind an öffentlichen Volksschulen, welche mit mehreren Lehrkräften besetzt sind, nur evangelische oder nur katholische Lehrkräfte anzustellen. Bei der Anstellung weiterer Lehrkräfte an den dieser nur mit einer Lehrkraft besetzten Schulen (§ 10) sind evangelische oder katholische Lehrkräfte anzustellen, je nachdem die bisherige einzige Lehrkraft evangelisch oder katholisch war.

Statt der Besetzung der Schulfstellen mit evangelischen Lehrkräften soll bei mehrklassigen Volksschulen in der Regel eine Besetzung mit katholischen Lehrkräften herbeigeführt werden, wenn fünf Jahre nacheinander mindestens zwei Drittel der die Schule besuchenden einheimischen Schulkinder, ausschließlich der Gastkinder, katholisch gewesen sind, und während dieser Zeit die Zahl der evangelischen Kinder weniger als vierzig betragen hat. Unter denselben Voraussetzungen sollen in der Regel statt katholische Lehrkräfte evangelische angestellt werden. Die Veränderung bedarf der Zustimmung des Unterrichtsministers.

Eine Verständigung über dieses Gesetz ist, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, bereits zwischen den Kompromissparteien erzielt. Sie schreibt:

„Es ist nunmehr eine Verständigung zwischen diesen Parteien und der Regierung erzielt worden. Der Gesetzentwurf wird eingebracht werden mit der Absicht, daß die drei genannten Parteien, die über die große Mehrheit verfügen, für ihn eintreten. Das Zentrum hat an den Besprechungen allerdings nicht teilgenommen und ist nicht dazu eingeladen worden, aber es gilt für ausgeschlossen, daß der eine oder andere konservative Führer mit maßgebenden Führern des Zentrums Fühlung genommen hat. Genauer über solche Aktionen, die sich von Person zu Person abspielen, ist natürlich schwer festzustellen. Man scheint zu erwarten, daß das Zentrum, das mit dem ursprünglichen Kompromissantrag einverstanden war, sich auch seiner Ausführung in Gestalt des jetzigen Gesetzentwurfs nicht widersetzen wird.“

Deutsches Reich.

Agrarische Unversämtheiten.

Der Reichsschatzsekretär hat an den Deutschen Müllerbund auf dessen Anfrage ein Schreiben gerichtet, das die Annahme als irrig bezeichnet, Graupengerste habe den erhöhten Zoll von 4 M. zu zahlen. Der Schatzsekretär meint:

Diese Annahme geht fehl. Denn nach dem Wortlaut der gesetzlichen Vorschriften, welche zwischen „Malzgerste“ und „andere Gerste“ unterscheidet, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Gerste, welche zur Graupenfabrikation dient, den Anspruch auf den niederen Zollsatz (1,20 M.) genießt.

Diese Zuschrift bringt die „Deutsche Agrar-Korresp.“ in Wut; sie schreibt:

Gegen die in diesem Bescheide ausgesprochene Auffassung des Herrn Reichsschatzsekretärs werden die Vertreter der Landwirtschaft im Interesse des heimischen Getreibebauers auf das entschiedenste protestieren müssen; denn diese Auffassung verschiebt völlig den Tatbestand, auf dessen Grundlage die Golddifferenzierung zwischen 4 M. und 1,20 M. für „Malz-“ und „andere Gerste“ erfolgt ist. Formal richtig ist lediglich, daß der Wortlaut des Zolltarifs beziehungsweise der Handelsverträge allerdings lediglich zwischen „Malzgerste“ und „andere Gerste“ unterscheidet. Unzweifelhaft ist aber für jeden Kenner der Zolltarifverhandlungen, daß die Decodierung des Zolles für „andere Gerste“ lediglich für Futtergerste gelten sollte.

Die agrarische Unversämtheit übersteigt wirklich jedes Maß. Der Zusatz von 4 M. versteht sich nach dem Tarif lediglich für Malzgerste. Daß Graupengerste aber keine „Malzgerste“ ist, sollte auch die „Agrar-Korresp.“ wissen. Ebenso wenig steht irgendwo, daß unter „andere Gerste“ nur Futtergerste zu verstehen ist. Jedoch die Agrarlogik ist nun mal von ganz besonderer Qualität. —

Die Auflösung des Schwarzburg-Rudolstadt Landtages.

Nieder die Ursache der Auflösung des Schwarzburger Landtages wird uns aus Rudolstadt hier mitgeteilt: Der Landtag in Schwarzburg-Rudolstadt hatte die etwas mißliche Aufgabe, seine Beschlüsse so einzurichten, daß sie dem Bürgerthum und der Sozialdemokratie genügten. 8 Sozialdemokraten standen 8 bürgerliche Abgeordnete gegenüber. Die Regierung, von vornherein unfähig, sich in die neuen Verhältnisse zu finden, spielte den starken Mann. In der zweiten Sitzung wurde noch dazu das Mandat eines bürgerlichen Abgeordneten beanstandet, weil er Stimmzettel mit äußeren Kennzeichen benutzt hatte. Nach Einforderung der bei der Wahl benutzten Stimmzettel wurde seine Wahl in der Sitzung vom 2. Dezember für ungültig erklärt. Er mußte also abziehen. Die Verhandlungen der ersten Sitzung drehten sich fast ausschließlich um Ausgaben des außerordentlichen Etats: um Bahn-, Straßen- und Brückenbauten. Es kam nur zu geringen Streitigkeiten über die Höhe und Zweckmäßigkeit der einzelnen Ausgaben. Im allgemeinen stimmten unsere Genossen zu. Anders wurde die Sache bei der Beratung des Etats für die nächsten drei Jahre. Um die Angelegenheit verständlich zu machen, sei folgendes vorausgeschickt: Der ordentliche Etat beträgt in Einnahme und Ausgabe 2.444.000 M. Die Einnahme aus Domänen und Forsten beträgt 1.402.100 M. oder nach Abzug aller Gewinnungs- und sonstigen Unkosten circa 910.000 M. Nach dem Grundgesetz von 1854 sind Domänen und Forsten aber unüberäußerliches Eigenthum des fürstlichen Hauses. Von den Einnahmen sollen zunächst die Kosten der Hofverwaltung bestreiten werden, das übrige kommt den Verwaltungsstellen des Landes zu gute. Die Höhe der Summe, welche die Hofverwaltung erhält, ist bisher immer zwischen Landtag und Regierung bei der Etatsberatung vereinbart worden. (Gesetzliche Bestimmungen über die Teilung der Einkünfte, die im Grundgesetz in Aussicht gestellt wurden, sind bis heute nicht erlassen.) Die letzte Erhöhung fand 1891 statt bei Regierungsantritt des jetzigen Fürsten. Seit diesem Zeitpunkte werden gezahlt an Kameralrente 268.000 M., Anapanen und Wittumsgehalt 88.000 M. und für Unterhaltungskosten der Schlösser circa 40.000 M.

Im neuen Etat hat nun die Regierung eine Erhöhung der Kameralrente um 52.000 M. vorge schlagen. Schon in der Ausschuss-Sitzung erklärte der Staatsminister mit Bestimmtheit, daß mit der Ablehnung dieser Forderung der ganze Etat falle, weil die Hofhaltung mit den bisherigen Mitteln nicht weiter geführt werden könne. Nach dieser Erklärung versuchte er zu beweisen, daß schließlich nach dem Grundgesetz die Regierung die Rente allein erhöhen könne. Das wurde von den sozialdemokratischen Abgeordneten widerlegt. Der Finanzausschuß brachte nun den einzelnen Kosten auf die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 2. Dezember zur Abstimmung, um unnütze weitere Verhandlungen zu verhindern. Schon bei der Generaldiskussion über den Etat geriet der Minister mit unseren Genossen hart aneinander.

Bei der Spezialberatung über die Kameralrente ging das Spiel weiter. Unsere Genossen beschränkten sich auf den Nachweis, daß der Landtag jederzeit das Recht hat, solche Forderungen abzulehnen.

Bei der Abstimmung stimmten die acht Genossen gegen die Forderung; die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen drei bürgerlichen Abgeordneten enthielten sich der Abstimmung (Wahl-taktik) und nur die vier Vertreter der Höchstbesteuerten stimmten mit ja.

Darauf verlas der Minister die Auflösungsorder. Die Neuwahlen finden voraussichtlich im Februar statt. Da der Minister erklärt hat, daß die Regierung seine Forderung dem nächsten und übernächsten Landtage wieder vorlegen werde, müßten die Wahlen ausfallen wie sie wollen, so gehen wir einem Konflikt entgegen.

Die Stuttgarter Gemeinderatswahlen.

Stuttgart, 3. Dezember. (Fig. Ver.) Die beiden gegnerischen Schladtreihen sehen jetzt zur Entscheidung gerüstet einander gegenüber. Das Wahlbrot kommen zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei ist abgeschlossen und räumt der Sozialdemokratie von den acht zu vergebenden Kandidaturen vier ein, während die Volkspartei zwei besetzt. Die beiden übrigen Kandidaturen sind ein Oecingenieur und ein Oberbauamt, die wegen ihrer Sachverständigkeit als Techniker wertvolle Arbeitskräfte für den Gemeinderat sein sollen. Ihrer politischen Ueberzeugung nach sind sie linksliberal. Auf der gegnerischen Liste stehen sechs Nationalliberale, ein Konservativer und ein Centrumsmann.

Charakteristisch für den diesmaligen Wahlkampf ist, daß die politische Fährung auf der rechten Seite völlig in den Händen der rückwärtslosesten Hausagrarier und der sogenannten Mittelstandretter liegt. Diesen beiden Gruppen, deren Spezialität es ist, gegen die Konsumvereine anzurufen und für die Ausdehnung der Warenhaussteuer im gesetzlich zulässigen Höchstmaste auf die Konsumvereine zu agitieren, haben die Nationalliberalen zwei von ihren sechs Mandaten opfern müssen. Wenn die beiden Repräsentanten dieser Wirtschaftsguppen auch formell nationalliberal sind, so sind sie doch in Wirklichkeit reaktionäre als selbst der konservative Kandidat. Ihnen zuliebe haben die Nationalliberalen zwei ihrer Leute, die bis heute auf dem Rathhause waren, fallen lassen müssen; außerdem mußten sie die Raithausstädtlichkeit ihrer eigenen bisherigen Mitglieder desanbonieren, die bei Einführung der Warenhaussteuer für den gesetzlichen Mindestsatz stimmten, während die auf den Schild gehobenen neuen Kandidaten umgestimmt die Erhebung des Maximal-satzes fordern.

Auf der anderen Seite wird natürlich alles aufgeboten, um die Niederlage des reaktionären Kartells herbeizuführen. Die Sozialdemokratie hält in den verschiedenen Stadtbezirken insgesamt 10 Versammlungen ab und läßt innerhalb 14 Tagen drei Flugblätter verschiedenen Inhalts zur Verbreitung gelangen. Auch regt es sich unter den 27.000 Konsumvereinsmitgliedern von Groß-Stuttgart, um, unabhängig von den Maßnahmen der politischen Parteien, für den Erfolg des sozialdemokratisch-volksparteilichen Zettels zu wirken. Die Wahl findet am 8. Dezember statt.

Anerkennung der Forderung durch die Regierung. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden zugegangen. Der Gesetzentwurf erhöht die Vergütungslage für Naturalverpflegung. Einquartierte Soldaten haben sich in der Regel mit der Kost des Quartiergebers zu begnügen. Im Streitfall ist als Mindestmaß zu gewähren: 700 g Brot, 250 g Fleisch nebst 60 g Mineralienzeit (oder 40 g Schmalz oder 25 g Butter oder 200 g geräucherter Speck), 125 g Reis, Gruape (oder Gräbe oder 250 g Hülsenfrüchte oder 1500 g Kartoffeln), 25 g Salz, 15 g Pfeffer.

Die bei Verabreichung von Naturalverpflegung den Quartiergebern zustehende Vergütung beträgt nach § 9 R. 2 des geltenden Gesetzes für Mann und Tag:

	mit Brot	ohne Brot
a) für die volle Tageskost	80 Pf.	65 Pf.
b) für die Mittagkost	40	35
c) für die Abendkost	25	20
d) für die Morgenkost	15	10

Diese im Jahre 1875 festgesetzten, im Jahre 1893 wiederholten Sätze sollen nun erhöht werden. Es sollen statt der zurzeit geltenden

Sätze zu a: 1 M. bezw. 85 Pf., zu b: 52 bezw. 47 Pf., zu c: 29 bezw. 24 Pf., zu d: 19 bezw. 14 Pf. fortan betragen. Die Erhöhung beträgt also rund 25 Prozent. Die Regierung scheut sich nun aber zuzugeben, daß diese Erhöhung infolge der gestiegenen Lebensmittelpreise und insbesondere mit Rücksicht auf die Steigerung der Preise notwendig ist, die nach dem 1. März infolge der dann in Kraft tretenden Voll-Erhörungen eintritt wird. Sie begründet die Erhöhung mit dem Hinweis, daß die mit der Zubereitung der Speisen verbundene Wähe-waltung höher als früher zu veranschlagen sei und daß die Lebens-haltung der Quartiergeber sich seit 1875 gehalten, in der Regel aber eine dem Haushalt des Quartiergebers entsprechende Verbilligung verabschiedet werde. Die Regierung hat ja die Hölle er-höhen lassen, um die Preise zu steigern — wozu also jetzt die Ver-schleierung, daß infolge der Hölle vom März ab die Lebensmittelpreise teurer werden als sie ohne die Hölleerhöhung sein würden? —

Servistarifvorlage. Dem Reichstag ist eine Servistarifvorlage zugegangen. Danach sollen die Servist Klassen III und IV vom 1. April 1906 ab auf die Servistbeiträge der Klasse II erhöht werden. Die nächste Revision des Servisttarifs und der Klassen-Einteilung soll 1913 erfolgen. Der Wohnungsgeldzuschuß soll durch eine besondere Vorlage geregelt werden.

Geldes Heuchelei.

In einer Adventsepistel, welche die „Kreuz-Ztg.“ an leitender Stelle bringt, heißt es: Beide aber, den ersten und den zweiten Advent des Herrn, seine Zukunft im Fleische und seine Zukunft zum Gerichte, mit ihren Segensströmen für die dürstige Menschheit, saßt St. Johannes zusammen in seinem ersten Briefe (3, 1, 2): „Sehet, welche eine Liebe hat uns der Vater erzeigt, daß wir Gottes Kinder sollen heißen!... Und ist noch nicht erschienen, was wir sein werden. Wir wissen aber, wenn es erscheinen wird, daß wir ihm gleich sein werden; denn wir werden ihn sehen, wie er ist!“ Wahr — ein Wohlstand ohne gleichen ist eines Christen Stand! — Segen hinter uns, Segen vor uns! Und mitten in die Gabe der heutigen Lieben Adventzeit: Segen in uns!

Diesem konservativen Heuchler, die hier in Christlicher Liebe die Augen verdrehen, johlten heute im Reichstage dem Oberst Weimling Beifall zu, als er die entsetzlichen Trotz-Erlasse verteidigte. — Ekelhaft!

Die Unterwerfungsbedingungen der Hottentotten.

Gouverneur von Lindequist meldet, daß sich die Unterwerfung der Hottentotten unter folgenden Bedingungen vollzogen habe:

1. Abgabe von Gewehren, Munition und Pferden.
2. Zusage des Lebens mit Ausnahme der Würder.
3. Diech wird den Unterworfenen soweit belassen, als solches zum Unterhalte der Frauen und Kinder erforderlich ist.
4. Die Unterworfenen werden vorläufig nach Gibeon übergeführt.

Aus dieser amtlichen Meldung ist absolut unerträglich, ob sich die Hottentotten unter Jsaak Witbooi unter diesen Bedingungen ergeben haben, oder ob es sich um die Ergebung weiterer Hottentottenbanden handelt! —

Die bürgerliche Verleumdungsschwindel.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie überfährt sich förmlich seit einiger Zeit bei der edlen Aufgabe, einzelne Sozialdemokraten persönlich zu verleumdern. Dabei werden, mangels eines besseren „Stoffes“, längst widerlegte Märchen aufgetischt, und seien sie noch so albern und niederträchtig, sie finden doch bei den Blättern vom Schlage der „Post“ freundliche und verständnisvolle Aufnahme. Für heute hängen wir folgenden Schwindel des edlen Reichsverbandes und der „Post“ niedriger, den sie gegen den „Reippen-reiter“ Genossen Düweli verbricht. Hier das Elaborat:

„In Essen führte Düweli ein Doppelleben. Er war gleich-zeitig redakteur der sozialdemokratischen Agitator und sozialdemo-kratische Redakteur Düweli und zweitens der bürgerliche Journalist Romann. Die beiden Herren Düweli und Romann hielten sich gegenseitig aus. Was der sozialdemokratische Vertrauensmann Düweli erzählt, verhöherte der bürgerliche Journalist Romann für schweres Geld. Eines Tages kam der Spul ans Tageslicht, kostete aber Herrn Düweli wunderbarerweise nicht sein Parteileben.“

Ein wörtlich fast gleichlautender insamer Unsinn ist zuletzt vor einem Jahre von derselben Sorte der bürgerlichen Presse verbreitet worden. Der verleumderte Drei ist nun aber diesmal besonders plump geraten. Die ganze Schwindelerzählung hat darin ihren Haken, daß Düweli und Romann erstens nicht ein und dieselbe Person, sondern zwei leibhaftige Personen sind, daß zweitens Romann nicht bürgerlicher Journalist, sondern eingeschriebenes Mit-glied der sozialdemokratischen Partei in Essen ist. Und drittens schrumpft das ganze romanhafte Verhältnis zwischen Düweli und Romann zu der folgenden Tatsache zusammen: R. liefert für die verschiedensten Blätter Berichte über Gerichtsverhandlungen und dergleichen. Bei dem Gelsenkirchener Wasserwerksprozeß im September des Jahres 1904 ließ ihn einer seiner Mitarbeiter plötzlich im Stich. Er bat den Genossen Düweli, ihm aus der Patzche zu helfen. Düweli entsprach der Bitte. Als Entgelt verlangte und erhielt er nichts, war aber damit einverstanden, daß Romann 20 Mark — an die Parteikasse abfuhrte. Und diesem Sachverhalt gegenüber erfährt sich die „Post“, von „latiniarischen Existenten“ zu sprechen, die die Welt betrogen“, von „Klüngel“ und „Streberthum ohne gleichen“, von „Leuten, die nicht nur das Vaterland, sondern auch sich untereinander verraten, um schnellen Reichtum zu erwerben“ usw.

Es geschah wohl in bezug auf diese Sorte der Blätter, daß Bassalle einmal in seinem Grimm im Briefe an Ratz von der bürgerlichen Presse einen Ausdruck gebrauchte, den der Verleger bloß mit einem Buchstaben anzudeuten wagte.

Benutzung von Arbeitergrößen. Durch den „Vorwärts“ erfahre ich, daß die bürgerliche Presse sich mit meiner Person be-schäftigt und mir zum Vorwurf macht, der „ehemalige Tischler-gehilfe“, jetzige Reichstagsabgeordnete, Stadtverordnete und Partei-sekretär habe 1500 M. Umzugskosten für die Ueberfiedelung von Kassel nach Berlin liquidirt, während der Umzug nur 500 M. habe kosten können.

Der letzteren Auffassung bin auch ich, und ich wäre ein Nicht, hätte ich die Unverschämtheit gehabt, den dreifachen Betrag zu fordern, ganz abgesehen davon, daß die zuständige Instanz die mir unter-stellte unverschämte Forderung abgewiesen haben würde. Die mir gemachte Unterstellung ist erlogen.

nie ausgeführten Umzug Kassel-Berlin erhalten haben soll, nur um 200 Mark überschritten.

Husland.

Oesterreich-Ungarn.
Maunhafte Wahlrechtskämpfer.
Budapest, 4. Dezember. Die hiesigen Schriftsteller beschlossen, solche Zeitungen, die die Sozialisten und das allgemeine Wahlrecht in ihnen gehöflich erscheinender Weise angreifen, nicht zu lesen und zu drucken. Infolgedessen konnten heute 6 Blätter nicht erscheinen.

Frankreich.
Der Internationalismus in der Kammer.
Paris, 2. Dezember. (Fig. Ver.)

Die Kammer hat in dieser Woche zwei Sitzungen damit ver-bracht, den Internationalismus zu diskutieren, und sie wird in der kommenden Woche damit fortfahren. Wie groß pflegt der Ruhm solcher Debatten nicht zu sein, und die Sozialisten haben auch die jetzige Auseinandersetzung nicht herbeigeführt. Vielmehr war es das Bedürfnis der bürgerlichen Parteien, die ja den Wahlkampf unter dem Schlagwort „Patriotismus“ ausfechten wollten, das den Gegen-stand auf die Tagesordnung gebracht hat. Die Sozialisten haben natürlich den hingeworfenen Redehandschuh nicht liegen lassen können, und sie nahmen den Redekampf auf, bei dem sie nur gut ab-schneiden konnten. Die ersten patriotischen Krieger im Streite sind mit blutigen Köpfen heimgeschickt worden.

Veranlassung zur Debatte gaben die Interpellationen, die Genosse BAILLANT über die Gewaltmaßnahmen der Regierung gegen die Pariser Arbeitsbörse und der Nationalist Grosjean über die antimilitärische Propaganda in den Gewerkschaften eingebracht hatten. BAILLANT legte in einer ausgezeichneten, durch ihre voll-kommene Sachlichkeit überzeugenden Rede die Angelegenheit der Wagnahmen des Senepätristen dar und zeigte, daß hinter der ange-blichen Abwehr einer antipatriotischen Agitation nichts anderes steckt als die Absicht, die Gewerkschaftsorganisation zu zerstören. Die Gewerkschaften aber kümmern sich um die Dekrete der Regierung nicht. Sie werden ihre Freiheit verteidigen — wenn es nötig ist, auch außerhalb der Arbeitsbörse. In diesem Kampfe stehen alle Sozialisten auf ihrer Seite. Wenn die Regierung Rouvier gleich dem Ministerium Dupuy die Gewerkschaften angreift, wird sie ebenso wenig Erfolg haben wie jenes. — Grosjean, einer der gefürchtetsten Schwächer der Kammer, erwiderte BAILLANT mit einer endlosen Erzählung von Schauererlebnissen über die Vaterlandslöflichkeit der Sozialisten, aber nicht einmal seine Fremde konnten es über sich bringen, Auf-merksamkeit glaubhaft vorzuspielen. Dann gab Deschanel eine feiner pomadisierten Rede von sich, die immer unausfehllicher werden. Das Ausmaßste an dem Bildungsgewahsel war noch, daß der platte Schwäger sich feierlich an Clemenceau anschloß, den er dazu beglückwünschte, nachgewiesen zu haben, daß die deutschen Sozialdemokraten zum Unterschied von den französischen „Patrioten“ seien! Die Campaigne Clemenceaus, in der er das bewiesen habe, sei eine Ehre für ihn. Der Triumph von Deschanel am tiefsten verstanden worden zu sein, ist Clemenceau vollkom vollkom vollkom.

Wahrscheinlich war es das Gefühl, daß die Wamoge für die Patrioten nicht mehr aufzuhalten sei, das die Reaktionen gefiem so wild machte. Gleich zu Beginn der Sitzung bewilligte die Kammer die Nachtragskredite für die Truppenrendungen in die Streikgebiete mit förmlicher Begeisterung! 429 Stimmen fanden sich dafür, nur 75 dagegen. Etlische Radikale, die noch nicht wußten, ob sie bei den Wahlen an die „Patrioten“ oder an die Arbeiter appellieren sollen, machten sich unsichtbar. — Das Ereignis der Sitzung aber war eine dreistündige Rede Sembats. Von dem Geheil der Reaktionen immer wieder unterbrochen, ließ sich unser Genosse nicht terrorisieren und nicht verwirren, sondern teilte mit unerwarteter Sicherheit kluggegebene Hiebe aus. Als er erklärte, auch die Idee des Patriotismus unterlege der Kritik wie alle anderen Ideen, und was sich heute als Patriotismus ausbebe, sei oft nur das Interesse der besitzenden Klasse, verlangten reaktionäre Fresslinge gar die Wortentziehung, und da selbst der gefügige Präsident Doumerg dieser unerschrockenen Annutung nicht Folge leisten konnte, ließen etliche Ueberpatrioten hinaus, weil sie so etwas gar nicht anhören könnten. Besonders interessant wurde die Scene, als Sembat sagte, die russische Revolution müße alle freihellischen Herzen der ganzen Welt höher schlagen machen. Die Rechte, das Zentrum und fast die halbe Linke freichten auf, und man bekam das schamvolle Schen-spiel zu sehen, daß das Parlament der französischen „Demokratie“ für die zeitliche Autokratie demonstrierte! Besonders der „plebsi-täre“ Bonapartist Lafies geberdete sich wie besessen und schrie ohne Unterlaß: warum die Regierung zu solchen Ueberzeugungen schweige. Er beruhigte sich auch nicht, als ihm Herr Dubief richtig erwiderte, die Sitzungspolizei sei nicht Sache der Regierung. Lafies aber gibt nicht nach und will am nächsten Freitag das Ministerium zwingen, seine Gefühle für den Jarrismus zu bekennen.

Finnland.

Ein sozialdemokratischer Minister?
Es wird berichtet, daß der Jar nun willens sei, Finnland einen wirklich konstitutionellen Senat zu gewähren, dem unter an-deren der früher landesverwiesene Leo Mechelin angehören soll. Auch der Name des Genossen Kari wird genannt. Da unsere sinnlichen Genossen beschloffen haben, sich nicht an den Landtags-wahlen zu beteiligen, muß es um so auffallender erscheinen, wenn einer von ihnen in die Regierung eintreten würde. In Stockholms „Social-Demokraten“ schreibt ein Kenner der Verhältnisse:
„Man glaubt oder hofft hier und da auf eine Spaltung der Sozialdemokraten, weil der Parteitag in Tammerfors mit 191 gegen 96 Stimmen Wahlstreik bei den jetzt vor sich gehenden Landtagswahlen beschlossen hat. Große Gefahr für eine solche Spaltung dürfte jedoch nicht vorhanden sein; denn — obwohl bereits ein antiradikaler und ein gemäßigter Flügel innerhalb der Partei besteht — hat es sich doch gezeigt, daß die Partei selbst jedenfalls vorzüglich zusammenhält. Dehennungsanget hat es mög-lich, ja wahrscheinlich, daß, wenn auch die Partei sich nicht mit dem Landtag befassen will, einem ihrer Mitglieder, nämlich dem Volkskatholiker Kari aus Abo, ein Sitz in der neuen Regierung angeboten wird, die an einem der nächsten Tage ernannt werden soll, und daß er dies Angebot auch annimmt. Abgesehen von Frankreich, wird also Finnland das erste Land in Europa sein, in dem ein Sozialdemokrat Minister wird; und gleichzeitig führt seine Partei einen Wahlstreik durch — eine ganz seltsame Situation.“

Uebri-gens ist die finnlandische Arbeiterpartei entschlossen, alles auszubieten, um zugleich mit der Befreiung von der russischen Gewalt-herrschaft auch die politische Massenbewegung der Bourgeoisie zu besitzigen und sich politische Gleichberechtigung zu verschaffen. Das ist der Bourgeoisie aber höchst unangenehm. Die Arbeiter waren gut genug, den „Erbschind“ aus dem Lande zu vertreiben; damit nun aber der Landtag in aller Ruhe beraten kann, ab er der Arbeiterpartei gnädigst das allgemeine Wahlrecht gewähren will, hat die Gemeindevertretung von Helsinki eine besondere Polizei-truppe zu bilden beschlossen, die nach einer Meldung 700, nach einer anderen gar 1000 Mann stark sein soll. Man fürchtet sich offenbar vor der von der Arbeiterpartei militärisch organisierten „Roten Garde“, die gegenwärtig in der Hauptstadt schon auf 6000 Mann angewachsen ist. Am Tage bevor jener Beschluß gefaßt wurde, veranstaltete die „Rote Garde“ einen Uebungsmarsch um die Stadt, und das hat offenbar die Stadträte noch mehr in Harnis versetzt. Gegen den erwähten Beschluß ist am vorigen Sonntag von einer 10.000 Pen-sonen umfassenden Versammlung auf dem größten Marktplatz der Stadt protestiert worden. —

Der Rücktritt der konservativen Regierung.

London, 3. Dezember.

Die Zustände in der konservativen Partei sind in den letzten zwei Wochen vollständig unbehaltbar geworden.

Der Rücktritt des Kabinetts Balfour bedeutet gleichzeitig den vorläufigen Abbruch der konservativen Regierung, die im Sommer 1895 ans Ruder gelangt ist.

Es ist keine leichte Aufgabe, den Verlauf und die Ergebnisse dieses zehnjährigen Zeitabschnittes zusammenzufassen und zu würdigen.

Als die konservative Partei im Sommer 1895 zur Regierung gelangte, war das weltpolitische Ansehen Englands auf dem Höhepunkt gefulmen.

In grimmer Fehd' wir fahren an den fernen Strand; Durch Sturm, durch Fels und Klippe fähr' uns ins Heimdesland.

Es war eine neue weltpolitische Lage, mit der England zu rechnen hatte. Und nur langsam wurde ihr Rechnung getragen.

Aufhand wurde auf Jahre hinaus von der Weltpolitik ausgeschlossen und in einen Gärungsprozess geworfen.

Als, es gelang der englischen Regierung, alle ihre Gegner entweder lahmzulegen oder sich zu Freunden zu machen.

Freilich hat diese Reihalle auch ihre Reihseite: eine rüstfällige innere Politik. Abgesehen von der irischen Gesetzgebung.

geschränkt, obwohl es fraglich ist, ob diese Einschränkung nicht ebenso gut der öffentlichen Meinung als der Regierung zuzuschreiben sei.

Die Revolution in Rußland.

Der Generalstreik der Post- und Telegraphenbeamten dauert an. Die Aufhebung des Kriegszustandes in Polen, die den nabegelegenden Zweck hatte, wenigstens die Post- und Telegraphenangehörigen in Polen zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit zu bewegen.

Eine auf Umwegen gekommene vom Wolffschen Bureau übermittelte Privatmeldung aus Petersburg vom 2. Dezember schildert die Lage wie folgt: Der Abstelldienst mit Dänemark ist eingestellt, auch der Telegraphenverkehr mit Finnland unterbrochen.

Proletarier aller Nationalitäten.

Stockholm, 3. Dezember. Nach hier eingegangenen Meldungen aus Helsinki nahmen die streikenden finnischen Telegraphenbeamten eine Resolution an.

Stockholm, 3. Dezember. Wie die Stockholmer Telegraphendirektion mitteilt, ist die Verbindung nach Finnland und Rußland andauernd unterbrochen.

Petersburg, 2. Dezember. Die hiesigen Banken teilen mit, daß sie alle einfachen an sie gerichteten Briefe durch eigene Boten bis auf weiteres täglich vom Postamt Eydtkuhnen abholen lassen.

Die Konterrevolution emigriert.

Wegen des bevorstehenden Generalstreiks, dem sich auch die Eisenbahnangestellten anschließen wollen, verlassen zahlreiche „bessergestellte“ Familien aus Warschau fluchtartig die Stadt.

Die zarische Hauptstadt ist ganz von der Welt abgeschnitten. Da alle telegraphischen Verbindungen mit der Provinz unterbrochen sind, liegen nur sehr wenige Berichte über die sich dort abspielenden Ereignisse vor.

Die Forderungen der Marine.

Wie aus Odessa gemeldet wird, forderten die Matrosen in Sewastopol folgendes: Aufhebung des Todesurteils, Erhöhung der Löhne, vierjährige Dienstzeit und Einberufung einer konstitutionellen Versammlung.

Die Zentralbehörden beider Fraktionen der russischen Partei haben an das internationale sozialistische Bureau folgenden Brief gesandt:

Werte Genossen! Die große russische Revolution befindet sich in sehr ernster Lage. Die Regierung versucht das schon 1903 erprobte Werkzeug der Reaktion zur Anwendung zu bringen.

Wir erlauben Sie, Werte Genossen, und mitteilen zu wollen, welche Maßnahmen Sie zur Verhütung dieser Gefahr und zur Unterstützung des russischen Volkes zu treffen beabsichtigen.

Das Zentralkomitee und die Organisationskommission der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Ein ähnlich lautendes Schreiben ist auch an den Vorstand der deutschen Partei ergangen.

Es ist ja klar, daß das Internationale Sozialistische Bureau, ebenso wie der deutsche Parteivorstand nur ihre tiefste Enttäuschung über diesen, wie über alle Gewaltakte des Absolutismus ausdrücken können.

Die Eröffnung des italienischen Parlaments.

Rom, den 1. Dezember. (Fig. Ver.)

Am 28. November nahm auch die italienische Kammer ihre Arbeiten wieder auf. Man hat sie früher einberufen als in anderen Jahren und sieht ihren Verhandlungen mit weniger Interesse entgegen.

Die „parlamentarische Situation“ war selten uninteressanter als heute. Fortis hat eine große, erdbekende Mehrheit, die mit dem Kabinett durch die Jahre geht und ihm noch viel lieber mit ihm im weichen Sumpfe gemächlich sitzen bleibt.

Natürlich finden die wirtschaftlichen Interessen der Bourgeoisie, soweit sie stark und organisiert sind, ihren Weg ins Ministerium über oder durch diese Mehrheit hinweg.

Daß auch die Masse des Volkes nicht mehr erwartungsvoll aufs Parlament blickt, ist verständlich. Seltener hat ein Volk sich so lange und so geduldig mit Verprügelungen abfeilen lassen, wie das italienische.

Haben Zuschuß von 500 M. bezog. Kurze Zeit darauf erschien v. Pagenhardt selbst in Halle und vereinbarte mit der Firma Schönbach, daß diese das kassafähige gar nicht existierende Rennpferd „Moreppa“, welches er angeblich für 3200 M. gekauft habe, in Zahlung nehmen möchte. Es kam auch ein Vertrag zustande, nach welchem v. P. drei Rennpferde zum Preise von 8400 M. kaufte. Die Firma Schönbach sandte diese drei Pferde nach Ullm, wo sie in den Stall des Rühner-Hotels überführt wurden. Als der Transporteur nach dem Pferde des Pagenhardt, welches er zurückbringen sollte, fragte, teiste ihm Straube mit, daß Pferd siehe in Wiplingen. „Der Garison des Herrn Leutnants.“ Als die Gebrüder Schönbach schließlich den richtigen Sachverhalt erkannten, war es bereits zu spät. Die beiden Angeklagten hatten die drei Pferde bereits für 1600 M. weiter verkauft. Von dem Erlös erhielt der Angeklagte Pagenhardt nur 500 Mark. — Der Gericht hat P. geständig, während Straube jede Schuld bestritt und außerdem noch behauptete, nicht im Besitze der vollen Geisteskräfte zu sein. Die Gerichtspräsident Dr. Störmer und Dr. Marx bezeichnen den Angeklagten als Neurotiker und Mindermächtig. Von einer Anwendung des § 51 Str.-G.-B. könne keine Rede sein. Der Gerichtshof erkannte auf je sechs Monate Gefängnis.

Schöneberger Spar- und Diskontobank. Die Verhandlung einer umfangreichen Anklage begann gestern vor der Strafammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Pusch. Die Anklage richtet sich gegen den Kaufmann Carl Gölin. Er wird beschuldigt: 1. in den Jahren 1898—1901 als Vorstand der Spar- und Diskontobank zu Schöneberg betrüblich zum Schaden der Genossenschaft gehandelt, 2. in den Generalversammlungen in seinen Darstellungen und Verfügungen über den Vermögensstand der Genossenschaft falsche Angaben gemacht, 3. im Jahre 1899 einen Wechsel über 1500 Mark fälschlich angefertigt, 4. im Jahre 1900 ein Bilanzkonto unbefugt ausgefüllt und 5. Teile einiger Kassabücher vernichtet und unterdrückt zu haben. — Der Angeklagte hat früher verschiedene kleine Kolonialwarengeschäfte betrieben, bei denen er keine Selbste gewonnen hat. Dann betrieb er ein Kommissionsgeschäft in Wein, Zigarren und Fleischwaren und wurde zumeist Erlangung von Kredit Mitglied der Genossenschaft für die nördlichen Stadtviertel. Später gründete er mit einem gewissen Bergmann eine Bank für Handel, Industrie und Gewerbe. Infolge von Streitigkeiten mit Bergmann trat er im Jahre 1898 aus der Bank aus und gründete mit 20 Genossen die Spar- und Diskontobank in Schöneberg. Er wurde zum ersten Vorstandmitglied gewählt und ihm wurde ein Wechselkredit in Höhe von 10 000 Mark eröffnet. Er hatte auch die Geschäfte des Kassierers und des Buchhalters selbständig zu versehen. Die ihm zur Seite gestellten Vorstandsmitglieder bekümmerten sich um die Geschäftsführung wenig oder gar nicht. Der Schöneberger Genossenschaft Hessen durch das Entgegenkommen des inzwischen zu vier Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilten Leiters der Friedeburger Zentralgenossenschaftsbank, Hellmuth Kubier, in welchem Maße Mittel zu. Die Anklage beschuldigt nun den Ange-

klagten, diese reichen Mittel in unbegrenzter Weise zum Nachteile der Genossenschaft seinen Interessen dienbar zu machen und die wahre Geschäftsverhältnisse durch falsche Darstellungen und Uebersichten über den Vermögensstand zu verschleiern verstanden zu haben. Im Laufe des Sommers 1901 soll sich herausgestellt haben, daß in der Kasse der Spar- und Diskontobank ein Fehlbetrag von annähernd 150 000 Mark vorhanden war, der zum großen Teil durch Geschäftsbetrübe oder durch augenblickliche Zahlungsunfähigkeit der Schuldner verursacht war. Es wird ihm vorgeworfen, daß er über große Summen in seinem Interesse zum Nachteile der Genossenschaft verfügt habe. Erklärt sich soll ihm dies dadurch sein, daß die Zentralgenossenschaftsbank zu Friedeberg der Schöneberger Spar- und Diskontobank erhebliche Werte übermittelt habe, ohne Wechselbücher in entsprechender Höhe erhalten zu haben. Der Angeklagte hat schriftlich anerkannt, daß er der Schöneberger Bank aus verschiedenen Darlehen und Bürgschaftverpflichtungen aus den Jahren 1898—1901 insgesamt die Summe von 75 000 Mark verschuldet. Für diese Schuldsumme ist Sicherheit von seiner Ehefrau gegeben worden. Aus den von dem Angeklagten vorgenommenen Buchungen und Manipulationen sind die einzelnen Anklagepunkte entstanden, die ihn nun nach sehr langer Voruntersuchung auf die Anklagebank geführt haben. Der Angeklagte bestritt seine Schuld und behauptete, daß die verschiedenen Verfügungen, die ihm zur Last gelegt würden, nur auf seine mangelhafte Beherrschung der Buchführung und des Genossenschaftswesens zurückzuführen seien. — Zur Verhandlung sind über 30 Zeugen geladen und da in der Verhandlung die verschiedensten buchtechnischen und genossenschaftlichen Fragen zu erledigen sind, für welche das Gutachten des gerichtlichen Bücherrevisors Koerner die Unterlage bildet, wird die Verhandlung die ganze Woche in Anspruch nehmen. Wir werden das Urteil demnächst mitteilen.

Vermischtes.

Und wieder ein Eisenbahnunfall. Aus Kottwitz wird amtlich gemeldet: Gestern früh 12¼ Uhr überfuhr bei der Einfahrt in den Bahnhof Reibitzscham ein Güterzug das Haltsignal. Auf dieser unangeforderte Weise entsetzten mehrere Wagen. Von diesen kamen einzelne dem Hauptstele so nahe, daß um den Betrieb nicht zu stören, auch dieses gesperrt werden mußte. Personen wurden nicht verletzt, der Materialschaden ist erheblich. Der Verkehr wurde durch Umstellen aufrecht erhalten.

Ein sechsjähriger Raubmörder. Ueber einen furchtbaren Raubmord wird aus Witterfeld folgendes berichtet: Der erst sechsjährige Expeditionskocher Stod aus Delitzsch hatte mit seinem Freunde Kurt Albrecht, dem vierjährigen Sohn eines Jahnschmieders in Delitzsch, den Plan gefaßt, über das große Wasser zu gehen. Er verleitete diesen, seinem Vater 500 M. zu dem Zwecke zu entwinden, dann aber packte ihn die Jagzier, und er beschloß, Albrecht zu ermorden und zu berauben. Tagelang bereitete er die Plünderung vor, kaufte sich ein neues Weil und eine elektrische Fahrrad-

lampe und stellte in Witterfeld, wohin sie sich zuerst wenden wollten, sein Fahrrad unter, um von dort nach vollbrachter Tat rasch wieder fortzukommen. Als die beiden Witterfeld hinter sich hatten, ging Stod hinter Albrecht, plötzlich überfiel er ihn einen furchtbaren Schlag auf den Hinterkopf, dann beachte er seinem Opfer noch vier Beilhiebe im Gesicht, von denen einer die Stirn spaltete. Nun taubte der Mörder die Leiche aus, wobei er zwei offenbar nicht entdeckte Franziskanerstücke zurückließ, zog den Entseelten in einen nahen flachen Wassertümpel und begab sich wieder nach Witterfeld, von wo er mit dem Rad zurück nach Delitzsch fuhr und etwa 400 M. in der Wohnung seiner Eltern vertriebte. Bei seiner Verhaftung leugnete Stod die Tat kaltblütig, später legte er ein volles Geständnis ab.

Auf dem Eise eingebrochen sind gestern in Lauch (Fr. Holland) sieben Kinder, fünf Mädchen sind ertrunken.

Briefkasten der Redaktion.
Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7¼ bis 9¼ Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.
C. S. 58. 1. Rein. 2. Der Mann, der ein Mädchen insiziert, ist strafbar, wenn er sachlich oder gar vorzüglich Kenntnis seiner Krankheit und der Anstehungsgefahr handelt hat. — **N. 2. 20.** Können Sie beweisen, daß der Witt die Versicherung gemacht hat, so hat eine Klage auf Aushebung des Vertrages und Schadenersatz Aussicht auf Erfolg. — **S. 1. 16.** Rein. **G. W. 75.** Ja, werden Sie sich an das Vormundschaftsgericht. Ihnen steht das Erziehungswort in vollem Umfange zu. — **W. 2.** Stargarderkirche. Den Antrag auf Berichtigung müssen Sie an das Gericht, nicht an den Standesbeamten richten. Sie haben einen falschen Weg eingeschlagen. Im übrigen nehmen Sie mit dem richtigen Standesbeamten darüber Rücksprache, ob er auf Verbringung einer Berichtigung verzichtet. Berechtig ist er hierzu. — **Fr. G. Watten 8.** Dem Witt liegt die Versicherung ob, falls nicht vertraglich das Gegenteil vereinbart ist. Solche Vereinbarungen (Vatungen des Mieters für Schäden) sind in Berlin üblich. Sehen Sie in Ihrem Vertrage nach. — **20.** Sie sollten schleunigst bei der Schuldeputation sich beschweren und beantragen, Ihr Kind umschulen zu lassen. Außerdem sollten Sie Strohantrag stellen und von dem Vorfall genauere Erkundigung geben, damit des Pädagogischen Tätigkeits niedriger gehalten werden kann. — **S. 2. 2.** 1. Ja. 2. Rein. — **N. 2. 100.** Ja. Ist nichts vereinbart, so beträgt die Rindungsfrist für eine gewerbliche Arbeiterin 14 Tage, für Gefinde oder Handlungsgehilfen 6 Wochen zum Quartalsende. — **N. 100.** Ja. Sie müssen sich auf das Sparfassenamt bemühen oder Ihre Anträge dorthin schriftlich stellen. — **W. 7. 777.** Dar es üblich, Waren herauszugeben, so steht Ihnen dies Recht trotz Einspruch, des Witts auch jetzt zu. Gegen die Leinwandausfuhr könnte mit Aussicht auf Erfolg, vom Witt gefogt werden. — **100. 8.** Geleglich steht nicht das geringste Hindernis dem entgegen, daß die Braut Franz, Schleier oder was sie sonst will trägt. Unterwirft sie sich aber nach der Trauung der kirchlichen Trauerzeremonie, so legt sie sich bei der nun einmal herrschenden Richtung der Gelehrten aus, daß der Freidier ihre Mode bestimmt und an Krantung oder Schleier Anstoß nimmt. — **N. 2. 2. 44. 23. 6. 100.** Ja. — **J. 3. 15.** Das Kind kann nicht bestraft werden, da es nicht strafmündig ist. Die Eltern haften nur, wenn ihnen Vernachlässigung der Aufsichtspflicht nachgewiesen werden kann.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis.
Am 20. November ist unser treues Mitglied, der Handuhmacher **Robert Schön** im Anlasse von Schmerzhaft freiwillig aus dem Leben geschieden. Erhe seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 5. Dezember, nachmittags 2¼ Uhr, von der Halle des Luther-Kirchhofes (Kankoh) aus statt. 290/17
Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Zentralverband der Handschuhmacher Deutschl. (Ortsverein Berlin.)
Todes-Anzeige.
Am 20. November verstarb plötzlich unser Kollege **Robert Schön** im Alter von 43 Jahren.
Seit 23 Jahren gehört derselbe unserer Organisation an. Seine ganze Arbeitskraft war der Sache der Arbeiterklasse gewidmet. Die höchsten Ehrenrollen, welche die Organisation zu vergeben hatte, wurden ihm übertragen.
Sein Andenken erbt **der Ortsverein Berlin.**
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. Dezember, nachmittags 2¼ Uhr, von der Leichenhalle des Luther-Kirchhofes in Kankoh aus statt. Treffpunkt: ¼ Uhr Goldbacher Vorortbahnhof.
Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. 299/1

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstulle Witzdorf.
Dem Kollegen zur Nachrich, daß unser Kollege, der Tischler **August Bloch** am 2. Dezember verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. Dezember, nachmittags 2¼ Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Dankagung.
Allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Vater-Verein „Franker“, dem Verband der Schuhmacher sowie dem Chor und Personal der Firma Braun sage hiermit meinen herzlichsten Dank. 299/22
Ww. Emilie Parske.
Für die herzlichste Teilnahme und Stützpenden bei der Beerdigung meiner Lieben Frau
Albertine Dominique sage ich allen, insbesondere den Genossen und Genossinnen und dem Gesangsverein „Arie Rufe“ meinen herzlichsten Dank.
Der trauernde Gatte.
J. Dominique. 299/21

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere Mutter, Frau **Klara Siebert** am 4. d. Mts., morgens 3 Uhr, nach längerem Krankenlager sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. d. Mts., nachmittags 2¼ Uhr, von der Leichenhalle des Hellands-Kirchhofes in Wlöhensee aus statt.
Im Auftrage der Familie: **Hermann Siebert, Wlöhenstr. 16.**

Stempel - Absatz von (17072)*
Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142.
Liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.
Kautschuk - Typen „Perfekt“ zum Zusammenstecken einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1.50 M.** an.

Das Älteste
Rester-Geschäft des S.-O. von 44462*
Wilhelm Mühlbach empfiehlt praktische Weihnachtsgeschenke als: Alle Arten Reste zu Damen- und Kinder-Konfektion zu billigen Preisen.
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Bruch - Pollmann empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalters, Spritzen, Sponsoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt. Liefert f. Dr.-u. Hals-Krankenkassen Berlin G.
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belag, angenehm und weich am Körper. 44624*

Jacob Golde Spez.-Wäschegeschäft Arbeiter-Berufskleidung
119 Gr. Frankfurterstr. 119
5 % Rabatt.
Über 40 Jahre im Osten Berlins

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.
Berücksichtigt Kranz-, Blumen- u. Blumenarrangements, Tafel- u. Gartländer, usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Sämtliche Neuheiten für den Herbst u. Winter vorrätig.
M. Schulmeister Schneidermeister
Berlin SO., Dresdener-straße 4, am Kottbuser Cor.
Spezial-Haus feiner **Herren- und Knaben-Garderobe** fertig und nach Maß.
Elegante von Mk. **18 50**
Winter-Paletots an **17 50**
Jackett-Anzüge **26 -**
Rock-Anzüge **32 50**
Gehrock-Anzüge **6 -**
Loden-Joppen
Berufskleidung für alle Gewerke.
Nur eigene Konfektion.

Brodes Vereins-Säle
Neue König-Strasse 7.
Fahrverbindungen nach allen Stadtteilen. — Empfehle meine Säle für **Verammlungen, Gewerkschaftssitzungen und für Vereinsfeiern.** Kulante Bedienung.
Adolf Borde.
(Gültig nur bis zum 12. Dezember 1905.)
Wir verschenken eine hochfeine Weihnachtsdecoration demjenigen, welcher uns bis zu obigem Datum unsere hoch-elegante, hochmoderne **Doppel-Uhrkette, Kavallerkette** für 1,80 M. bestellt. Elektrogold-plattiert, von edlem Golde kaum zu unterscheiden, mit demgemachtem Kompagnon-Anhänger. Ein hervorragendes Weihnachtsgeschenk.
Senden Sie uns R. 1,80 durch eine 10 Pf. Postanweisung oder in Briefmarken ein, so erhalten Sie die Kette nebst Weihnachtsdecoration frei ins Haus.
Bei Abnahme von 2 und mehr Ketten geben noch ein weiteres hochfeines Geschenk gratis bei.
Bestellen Sie sofort, da der Andrang ein rissiger ist.
Weihnachts-Katalog über Tausende elegante festliche sowie Weihnachtsbaum-, aparte Neuheiten in Kinder-Spielsachen, Puppen, Bilderbücher usw. usw. an jedermann umsonst und postfrei.
Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.
Ältestes Fabrikationsgeschäft Solinger Stahlgewerke mit Versand direkt an Private.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.
Berlin-Pankow.
Größte Malz-Bier-Brauerei in Deutschland.
Hochfeines Spezialbräu: 52782*
Malzbier vom Faß
gebraut aus echt Münchener Salvator-Malz.
Gesetzlich geschützte Marke 54940.
1/1-, 1/2-, 1/4-Hektoliter-Gebinden.

Hat jemand **Rheumatismus, Gicht, Gliederreihen, Nervenschmerzen, Hüftweh (Beug), Degeneration, Geschwülste** etc. der gedachten **„Electricum“** (Nestle'sche Salztabletten, Salmosin).
Einfaches u. sicheres Naturprodukt von harter, durchdringender, sofort schmerzstillender Wirkung.
„Electricum“ wirkt wie elektrisierend auf den Körper, lindert wunderbar Glieder und Nerven. Ueberragende Erfolge! Man nehme nur „Electricum“. Es gibt nichts Besseres. Bl. W. 1. — und 2. —. Die Wirkung wird noch erhöht durch innerlichen Gebrauch von Reichel's Weinsäure-Extrakt „Medico“. Bl. 75 Bl. M. 1.50 u. 2.50 in den Apotheken und Apotheken erhältlich und zu beziehen durch **Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4. F. Antikasse, Berlin SO. 43. IV. 648, 3190, 4563.**

Zum Weihnachtsfeste!
Auf Teilzahlung !!!
kaufen Sie am besten, wochen- nur 1 M., Herren- und Damenuhren, Standuhren, gr. Standuhren, Regulatoren, Tischuhren, Brücken, Klinge, Ketten, Stöße, Ziffern, Harmonikas, Mandolinen, Spongespielen, Blätterspielmusikinstrumente, gr. Auswahl in Platten, echte Edison- und Columbia-Apparate und Walzen zu Original-Preisen.
Jahre & König
Barrigauer-Strasse 72. 1. Etage.
Filiale: Reinickendorfer-Strasse 57. 1.

Eine Mark
wöchentlich liefert selbstspielende **Musikwerke, Sprechmaschinen** und echte **Menzenhauer-Zithern.** Schönste Familienunterhaltung.
J. Kurzberg, An der Jannowitzbrücke 1, 1., direkt am Hauptbahnhof.
Ebenfalls: **Künstlerpostkarte**

Hygienische
Bedarfsartikel, neuester Katalog m. Empfehlung Aerate u. Prof. grad. u. N. Unger, Gummiwaren-Fabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.
Kein Schaukasten!
Feine Pelzwaren **Stolas-Jackets**
L. Habeler's Ausführung, sehr preiswert. 57 Leipzigerstr. 57 Hof neben den Kolonnen.
Reh-Tabak Templinerstr. 3. **E. Nauen,** a. d. Schweitzerstrasse.

Gegründet
1825.

Fr. Hahn Berlin C 25 Alexanderplatz

Damen-Kleiderstoffe

in Wolle und Seide, schwarz, weiß u. farbig, glatt und gemustert, in allen Preislagen. Außerordentlich große Auswahl. Nach auswärts bitte Proben zu verlangen.

Gelegenheits-Angebot in Damen-Kleiderstoffen für Weihnachtsgeschenke

sehr geeignet.

Ein Posten einfarbiger, reinwollener Krepps. Haltbare, gute Qualität; vorrätig in marineblau, braun, mittelblau, bordeaux oder roseda. Marke U 497. Ca. 95 cm breit, Meter Mk. 1,35.
Robe, 6 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild Mk. 8,10

Ein Posten einfarbiger, reinwollener Elsasser Cheviots. Kräftige, haltbare Qualität, in marineblau, braun, bordeaux und grün vorrätig. Marke U 504. 110 cm breit, Meter Mk. 1,25.
Robe, 6 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild Mk. 7,50

Ein Posten einfarbiger, reinwollener Mohair-Jacquards. Eleg., seidenglanzende Qualität, mit kleinen u. großer Phantasie- u. Karomustern; vorrätig in marine, tabak, mode, grünoliv oder grau. Marke U 483. 95 cm breit, Meter Mk. 1,70.
Robe, 6 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild Mk. 10,20

Ein Posten schwarzer, wollener gemusterter Mohairstoffe. Glänzende, gediegene Qualität, in verschied. kleinen und größeren Dessins. Marke A 1319. Ca. 95 cm breit, Meter Mk. 1,35.
Robe, 6 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild Mk. 8,10

Ein Posten reinwollener Lastings und Satintuche. Glänzende, schwere Qualität, in allen modernen Saisonfarben, auch in schwarz. Marke U 435. Ca. 110 cm breit, Meter Mk. 1,75.
Robe, 6 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild Mk. 10,50

Ein Posten gewirnter Engl. Wollstoffe. In herrenstoffartigem Geschmack, praktisch und gut im Tragen. Marke H 128. 90 cm breit, Meter Mk. 1,10.
Robe, 6 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild Mk. 6,60

Ein Posten schwerer Noppenstoffe. Für gediegene Haukleider, Mädchenkleider etc., große Muster-Auswahl. Marke H 122. 85-90 cm breit, Meter Mk. 0,70.
Robe, 6 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild Mk. 4,20

Ein Posten bedruckter Winterflanelle. Warme, gediegene Ware, für Hauskleider und Morgenröcke. Marke W 2009. Ca. 75-80 cm breit, Meter Mk. 0,50.
Robe, 8 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild Mk. 4,00

Ein Posten gewebter Gingham. Gediegene, waschechte Qualität, in verschiedenen Streifen- und Karomustern; geeignet für Haus- u. Servierkleider etc. Marke W 1313. 90 cm breit, Meter Mk. 0,85.
Robe, 6 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild Mk. 8,90

Der reich illustrierte
Haupt-Katalog
wird auf Wunsch zugesandt
(kostenlos und portofrei).

Gelegenheitskauf!
Ein Posten weißer reinseidener auf Futter gearbeiteter
Japon - Blusen
Zurückgesetzt auf **Mk. 3,00.**

Gelegenheitskauf!
Ein Posten schwarz, reine Seide, f. Damen u. Herren besonders dünn.
Regenschirme schwarz u. farbig. Borte für Damen.
Große Auswahl in Damen- u. Herren-Regenschirmen.

Durch die außerordentlich geschickte Mischung der feinsten türkischen Tabake ist die



Kapitän-Cigarette

in Qualität unerreicht; man fordere sich ausdrücklich diese Marke.
C. Röcker, Berlin O., Gröner Weg 112. Amt VII Nr. 3861.

KNORR'S Hafermehl,

in 30jähriger Erfahrung als bester Zusatz zur Kindermilch erprobt.

Großes Lager in anerkannt reichhaltigen Sortimenten u. gut verkäuflichen Mustern haben Sie in der
Christbaumschmuck-Fabrik
Jean Galletmot, Friedenstr. 3, am Königtor.
Gießgasse von 10 P. p. Ddb. am, Smetta 2 P., Ruhlfalter 75 P.

für Glas-Christbaumschmuck!!!

Neuheit, beste und billigste Bezugsquelle für alle Parteigenossen und Arbeitervereine! Für Händler und Private!
Die im Zentralverbande der Glasarbeiter Deutschlands organisierten Glasbläser von Steinach und Umgebung haben im Interesse des weiteren Ausbaues ihrer Organisation zur bevorstehenden Weihnachtszeit den Verkauf ihres Produktes
Glas-Christbaumschmuck
selbst in die Hand genommen und vorstehend Sortimentlisten in geschmackvoller Zusammenstellung und sorgfältigster Ausführung, enthaltend Engel, Bögel, Gloden, Trompeten, bemalte, belpommene und verblüdete Ängeln und Kleeze, Früchte, Baumzweige, Luftballons und andere belpommene Neuheiten, Franzosen usw., zusammen weit über 200 Stück nur bessere, größere und aufs feinste ausgeführte Sachen. Auf Wunsch auch über 300 Stück kleinere Sachen zum Preise von 5 Mk. franco gegen Nachnahme. Bezug in größeren Mengen von 10 Mk., 15 Mk. und Sachlisten von 20 Mk. an wegen Porto-Ersparnis bedeutend vorteilhafter und billiger.
Bestellungen bitten wir zu richten an Hauptstellenleiter **Eduard Tzschach, Steinach E.-M., Kirchstr. 110.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kantabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kantabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 4405L*
Amt 4. 3014.

Chonés Industriepalast.

(Nachdruck verboten.)
Auf dem langgedehnten Chonéschen Grundstückskomplex zwischen Fruchtstr. 57/58 und Große Frankfurterstr. 137 ist jetzt ein Heer von Arbeitern bis tief in die Nacht hinein mit der Errichtung moderner, großer Häuser und Fabrikgebäude eifrig beschäftigt, die unter obiger Benennung ein gewaltiges Industrieviertel bilden werden.
Frau General-Konsul Anna Schmidt-Chonés, die Besitzerin dieses großen Terrains, läßt hier durch Herrn Architekten und Baumeister Kurt Berndt, den wohlbekannten Erbauer so vieler hervorragender schöner Geschäftsbauten und Wohnhäuser, Industriestätten ausführen, wie sie in solchem Umfange kaum irgendwo vorhanden sind. Schon heute, wo alles noch unfertig ist, lohnt es einen Ueberblick zu nehmen über das, was hier entsteht, zu beobachten, wie durch das Zusammenarbeiten aller beteiligten Handwerke und durch tausend fleißige Hände aus einem Nichts heraus Wohn- und Geschäftshäuser hervorgezaubert werden. Räume, in denen nach Fertigstellung Industrien mit modernster Technik Menschenalter hindurch sich entwickeln und Tausenden von Arbeitern Brot und Lohn geben, in denen sich aber auch Freud und Leid und manches Lebensschicksal abspielen wird.
Betreten wir die Neubauten von der Großen Frankfurterstr. 137 aus, so sieht man von der mächtigen hochgewölbten Tordose des Vorderhauses hinaus in den von hohen Gebäuden umfäumten großen Hof, von da geht es in gleicher Weise immer weiter und weiter durch die stattliche Reihe von Neben ebenso bebauten Höfen, deren letzter und

schließlich nach dem Haußeingange von Fruchtstr. 57/58 bringt. Hier sowohl wie dort enthalten die eleganten Vorderhäuser, denen sich Seitenflügel und Hintergebäude anschließen, Wohnungen und Ladenlokalitäten. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß trotz der großen Bauten, die hier entstehen, der vornehme Gesamteindruck gewahrt bleibt. Mit Recht ist von einem Industriepalast zu sprechen. Die architektonisch schön gegliederte Fassade in der Gr. Frankfurterstr. wird in Höhe des Erdgeschosses und der ersten Etage mit Marmorverkleidung versehen. Das große Hauptportal erhält reiche Bildhauerarbeit und als echtes Material Luftstein. So werden also die feineren Betriebe, die hier ihre Stätte nehmen, durch diesen Zugang eine überaus vornehme Repräsentation erhalten, während gleichzeitig die Betriebe, die auf den Verkehr mit Fuhrwerken angewiesen sind, den Zugang Fruchtstr. der hier durch seine große Anlage den lebhaftesten Verkehr gestattet, benutzen. Die Höfe erhalten Straßendritte, sodas Wagen bequem aufweisen können. Ueberall ist auch für Luft und Licht das Beste gesorgt. Ventilationsvorrichtungen sind in den Fabriken und Bodenräumen angebracht. Auch sei hervorgehoben, daß die Gesamtkonstruktion vollständige Feuerficherheit gewährleistet.
Die Wohnungen, von denen selbst die kleineren mit allen modernen Bequemlichkeiten eingerichtet sind, sind im Umfange von zwei bis sieben Zimmern und zwar befinden sich auf der Seite der Großen Frankfurterstr. 9 große und 28 kleine Wohnungen und auf der Seite der Fruchtstr. 16 Mittelwohnungen und 24 kleinere. Die Geschäftsräume werden in modernster und elegantester Weise hergerichtet. In der Großen Frankfurterstr. werden solche im Umfange von 172 und 103 qm sowie zwei

PROBLEM

Cigaretten
übertreffen Importen

Beste deutsche Fabrikate überall zu haben.

von 167 und 150 qm vorhanden sein, außerdem wird hier ein Restaurantbetrieb 82 qm groß errichtet. Die erste Etage der Großen Frankfurterstr. 137 enthält hochlegante Geschäftsräume von 405 qm, die im ganzen oder geteilt vermietet werden sollen. In der Fruchtstr. 57/58 werden vier Läden in den Größen 265 qm, 180 qm, 50 qm, 50 qm und im Quergebäude solche von 145 qm, 100 qm zu vermieten sein. Die Fabrikgebäude, die hier auf die sieben verbleibenden Höfe verteilt, emporstehen, werden vom Parterre bis zur vierten Etage im ganzen 22.500 qm umfassen, außerdem werden Nebenräume von 3500 qm und Bodenräume von 4000 qm vermittelbar sein. Bezüglich dieser großen zu vermietenden Nebenräume, zu welchen der Lichteinfall in glänzendster Weise durch geeignete Fensteranordnung bewirkt wird, sei bemerkt, daß dieselben zur Lagerung von Waren, Materialien usw. für jeglichen Betrieb geeignet sind, auch die Lagerung in jeder beliebigen Weise angeordnet werden kann, ohne selbst an den entgegengesetzten Stellen die Helligkeit erheblich zu beeinträchtigen. Dasselbe gilt von den Bodenräumen, in welchen infolge ihrer Ausdehnung und glänzigen Tagesbelichtung durch Oberlicht jeder Teil zu Lagerzwecken ausgenutzt werden kann.
Es wird durch vorstehende Einrichtung jedwedenfalls einem in dortiger Gegend vielfach bestehenden Uebelstande abgeholfen. Geschäftleute und Industrielle sind jetzt nicht mehr gezwungen, in dunklen Räumen oder unter offenen Schuppen ihre Waren zu lagern. Auch sind die mit Pöden, Aufstapeln, Expedieren beschäftigten Arbeiter nicht mehr gezwungen, sich Wind und Wetter auszuliefern, da ihre Arbeiten in geeigneten Räumen verrichtet werden können.
Infolge der Anordnung und Einrichtung der vielen kleinen Wohnungen mit der Neuzeit entsprechenden Nebenräumen ist es den in den dortigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
 Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9079.
 Arbeitsnachweis Zimmer 31. Amt IV, 3233.

Mittwoch, 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
 Engel-Ufer 15 (Zaal VII):

← Versammlung → der Drahtarbeiter Berlins und der Umgegend.

Tages-Ordnung:
 1. Die Gewerkschaftsbewegung früher und jetzt. Referent: Kollege
 Wäcker. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 107/15
 Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin.)

Die für Dienstag, den 5. Dezember 1905, vom Kollegen Labowitz in
 seinem Lokal einberufene

Versammlung findet nicht statt.

Die zur Tagesordnung stehende Angelegenheit bleibt nach Verständigung
 des Vorstandes und der Ortsverwaltung einer späteren Versammlung
 vorbehalten. Die regelmäßige Versammlung findet am 15. Dezember statt.
 Für die Ortsverwaltung: Für den Vorstand: 70/10
 Ferdinand Raithek. Ferdinand Ewald.

Bekanntmachung.

In Sachen
 des Aufstandes der in den Berliner
 Eisfabriken beschäftigten Arbeiter
 und Arbeiterinnen hat das Einigungs-
 amt nach Anrufung durch beide Teile
 in der Sitzung vom 20. November
 1905 den Parteien folgende Vor-
 schläge gemacht:

Vergleich.
 geschlossen zwischen dem Verbande
 der Berliner Eisfabrikanten und
 dem Deutschen Buchbinder-Verbande,
 Schlichter Berlin:

§ 1. Die Arbeitszeit sämtlicher in
 den Berliner Eisfabriken beschäftigten
 Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge
 beträgt wöchentlich 57 1/2 Stunden.
 a) Die Arbeitszeit fällt vom 1. April
 bis 30. September in die Zeit von
 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends,
 vom 1. Oktober bis 31. März von
 7 1/2 Uhr morgens bis 5 1/2 Uhr
 abends. Sonnabends ist 1/2 Stunde
 früher freizubehalten.
 b) Ueberstunden dürfen nur im
 äußersten Nothfalle gemacht werden
 und werden bezahlt für die ersten
 drei Ueberstunden an Wochentagen
 mit einem Zuschlage von 50% Proz.
 für alle anderen Tage, ins-
 besondere an den Vorabenden der
 gesetzlichen Feiertage und an den
 Sonnabenden werden 50 Proz.
 Zuschlag gewährt.

c) Bei genügender Aufschüßung soll
 die etwa verbleibende Arbeitszeit
 nicht von den Ueberstunden ab-
 gezogen werden.
 d) Bei Ueberstunden sind als Pausen
 zu gewähren: 1. bei mehr als
 1 Stunde 1/2 Stunde, 2. bei mehr
 als 2 Stunden 1/2 Stunde.

§ 2. a) Gelehrte Arbeiter er-
 halten einen Durchschnitts-Stunden-
 lohn von 80 Pf. Diejenigen Eisfabri-
 kanten, die ihre Lehrlinge (sofern
 beendete haben, erhalten im ersten
 Gehaltsjahre einen Durchschnitts-
 Stundenlohn von 40 Pf.
 b) Eisfabrikanten erhalten einen
 Durchschnitts-Stundenlohn von 55 Pf.,
 jedoch im ersten Jahre nach beendeter
 Lehrzeit 43 Pf.

Arbeiter, die ein der Eisfabrikation
 verwandtes Gewerbe erlernt haben,
 erhalten nach einjähriger Tätigkeit in
 der Eisfabrikation den entsprechenden
 Lohn.
 Arbeiter, die minder leistungsfähig
 sind, werden nach Vereinbarung ent-
 lohnt, erhalten jedoch nicht unter
 45 Pf. Stundenlohn.
 Arbeiterinnen, welche neu in die
 Branche eintreten, erhalten während
 der ersten sechs Monate einen Stunden-
 lohn von 15 Pf., nach dieser Zeit bis
 zum Ablauf eines Jahres 20 Pf.,
 darüber hinaus bis auf weiteres
 30 Pf.

Sämtliche Arbeiter und Arbeiter-
 innen erhalten zu ihren üblichen
 Bezügen eine Lohnzulage von 5 Proz.
 und 2 Pf. pro Stunde. In Betrieben,
 in welchen bereits am 1. September
 1905 Lohnzulagen bewilligt worden
 sind, sollen diese bei der Berechnung
 der Erhöhung der Löhne nach den
 Vorschriften dieses Paragraphen in
 Anrechnung gebracht werden.
 § 3. In allen Betrieben dürfen
 Lehrlinge ausgebildet werden, und
 zwar in Betrieben mit 3 Gefässen
 2 Lehrlinge, 6 Gefässen 3 Lehrlinge,
 10 Gefässen 4 Lehrlinge, 15 Gefässen
 5 Lehrlinge. — In den Betrieben,
 in welchen zur Zeit des Inkrafttretens
 dieser Bestimmungen vorstehende
 Lehrlingslisten überschritten ist, dürfen
 Neueinstellungen von Lehrlingen nicht
 vorgenommen werden, bis die Liste
 erreicht ist.
 § 4. Der Lohn wird nach Stunden
 berechnet und nur für wirklich ge-
 leistete Arbeit bezahlt. § 6 bis des

§ 5. Dieser Vertrag hat Gültigkeit
 bis zum 30. September 1907 und
 läuft stets auf ein Jahr weiter, wenn
 derselbe nicht 3 Monate vor Ablauf
 gekündigt wird. Tritt dieser Fall ein,
 so ist die Schlichtungskommission ver-
 pflichtet, sofort in Verhandlungen
 über einen neuen Vertrag zu treten,
 damit derselbe spätestens bis 30. Juni
 vor Ablauf des alten perfekt wird
 und auf dem Gewerbegericht fest-
 gelegt werden kann. Für den Fall,
 daß es den Parteien nicht gelingt,
 einen neuen Vertrag zustande zu
 bringen, soll das Einigungsamt zur
 Schlichtung eines neuen Vertrags an-
 gegangen werden.
 § 9. Nachregelungen streikender
 Arbeiter und Verhätungen Arbeits-
 williger haben zu unterbleiben.
 § 10. Der Vertrag tritt in Kraft,
 sobald die Generalversammlungen der
 beiderseitigen Organisationen ihre
 Zustimmung erteilt haben.

v. Schulz, Paul Lucht, Mayer,
 A. Körstner, Eugen Brückner.
 Unter Vorbehalt der Genehmigung
 der Generalversammlung der Arbeit-
 geber:
 gez. L. Nassau, Adolf Kaun,
 Oskar Rother, Karl Weber.
 Unter Vorbehalt der Genehmigung
 der Versammlung der Arbeiternehmer:
 gez. Viktor Brucks, Albert Kulkowski,
 Johannes Demmer, Hermann Weber,
 Karl Fleißke.

Für die Ortsverwaltung der Metall-
 Arbeiter Deutschlands:
 gez. Ernst Klar.

Vorstehenden Vergleichsvorschlägen
 haben die Parteien auf Grund der
 Beschlüsse der beiderseitigen General-
 versammlungen zugestimmt.
 Berlin, den 27. November 1905.
 Der Vorsitzende des Einigungsamtes:
 gez. v. Schulz.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
 Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, 8. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause,
 Engel-Ufer 15 (gr. Saal):

← Versammlung →

Tages-Ordnung:
 Stellungnahme zum Uebertritt der
 Stahlschweißer und Gipsarbeiter in den
 Verband der Bau-Gipsarbeiter.
 Referenten: Th. Bömelburg und G. Beßner.
 NB. Außer den Stahlschweißern und den Gipsarbeitern haben nur noch die
 der Sektion Zutritt zu dieser Versammlung.
 Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.
 Der Vorstand.

Unsere gesamten Restbestände

kommen nun zu jedem nur annehmbaren Preise zum Verkauf. Wir
 bringen, um bis Weihnachten vollständig räumen zu können, im

Total-Ausverkauf!

30 Stück Herren-Paletots,	Cheviot und Double, glatt und gemustert, zum Aussuchen, Stück	5,00 Mark
120 " " "	sehr schöne Muster	7,00 "
135 " " "	Eskimo, nur neueste Muster	12,50 "
75 " " "	engl. Ulster, tadellose Paßform	16,50 "
90 " " "	kariert und gestreift, das Neueste	19,50 "
85 " " "	nur Bauchgrößen, sehr elegant	21,50 "
125 " " "	Maßsachen, Ersatz	32,00 "
80 " " "	engl. Muster	21,50 "
60 " " "	auf Seide	27,50 "
40 " " "	Sport, mit Riemen und Patten	23,00 "
64 " " "	hoch schick	38,00 "
45 " " "	das Allerfeinste	42,00 "
35 Herren-Anzüge,	haltbare Ware, alle Größen	6,35 "
28 " " "	sehr schöne Muster	9,75 "
45 " " "	solide Dessins	12,50 "
90 " " "	elegant, prima Ware	16,50 "
60 " " "	Cheviot und Kammgarn, neueste Muster	19,00 "
78 " " "	hochelegant	22,00 "
85 " " "	garantiert imit. englisch	25,00 "
65 " " "	Maßarbeit	29,00 "
90 " " "	für sehr schlanke oder ganz starke Herren	32,00 "
85 " " "	Ersatz für Maß	38,00 "
60 " " "	Gehrock und Jackett, secunda	32,00 "
40 " " "	prima	45,00 "
zirka 1600 Stück Herren-Hosen	zu 2,10, 3,10, 4,10, 5,10, 6,10, 7,10, 8,10, 10,00	"
400 " Herren-Joppen	zu 3,40, 4,40, 5,40, 6,40, 7,40, 10,40	"
30 " prima Gummimäntel, zum Aussuchen	Stück	22,50
20 " Schlafröcke	zu 9,00, 12,00, 18,00	"
1000 " Knaben-Anzüge	zu 2,00, 3,00, 4,00, 5,00, ganz prima	6,25
250 " Knaben-Paletots zum Selbstkostenpreis		"
200 " Knaben-Joppen, warm gefüttert	zu 1,50, 2,40	"
500 " Knaben-Hosen, zum Aussuchen	Stück	52 Pfg.
2000 Meter Herrenstoffe, nur prima, feinste Ware, kommen meterweise z. Verkauf, garantiert Einkaufspreis.		"

Es veräume niemand, die seltene Gelegenheit wahrzunehmen.

E. Süßkind & Co., Rosenthalerstraße 9. Ecke Auguststraße.

Selowsky's
„Bolero“
 feinste
2 Pfg.-
 Zigarette.
 Gesetzlich geschützt!
 Nur Handarbeit!

Zahn-Klinik.
 Olga Jacobson,
 Preise beliebige Teilzahlung.
 Invalidenstr. 145.

Sobien erschien:

Die Neue Gesellschaft

 Sozialistische Wochenschrift.
 Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
 Inhalt von Heft 30:
Karl Henckell: Wohlauf! Gedicht, gewidmet den Kämpfern um Wahlrecht und Schule in Preußen.
Glossen: Freie Schule! — Freies Wahlrecht! — Wahlrechtsprivileg. — Steuerprivileg. — Die Ministerkanalle.
Kurt Eisner: Die Expropriation der Eltern.
Paul Göhre: Volksschule und Religionsunterricht.
Albert Sadekum: Ein Tag im Junkerparlament. — Engelbert Fernerstorfer: Der Verein „Freie Schule“ in Oesterreich. — Etienne Buisson: Die Befreiung der Schule v. d. Kirche in Frankreich. — Jeremias Leiche: Zweites Hauptstück, dritter Artikel.
 Verlag der „Neuen Gesellschaft“
 Berlin W., Meinekestr. 5.
 Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
 Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage, Zeitungsspeditionen, Postanstalten und durch den Verlag.
 Probenummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Motorroschken
 nach Polizeivorschrift zu günstigen Zahlungsbedingungen
 schnell lieferbar.
Loeb & Co., G. m. b. H.
 Grünstr. 5/6 und Unter den Linden 65.

Kraft-Rothwein für Blutarme u. Kranke.
 ärztlich empfohlen.
 Steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.
Santa Lucia Fl. 1.50 u. 2 M.
 Warnung vor Fälschung durch ähnliche Namen. Fordern Sie Lucia.

Maßregelung!
 Den Kollegen und Parteigenossen zur Kenntnis, mit welchen Mitteln die gegenwärtige Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin gegen mich arbeitet. Wie ich am 4. Dezember, ohne Angabe von Gründen, die Geschäftsstelle des Verbandes abgenommen, welche über 10 Jahre in dem von mir geführten Lokal bestanden hat.
Karl Wiesenhal, Ackerstr. 123.

Brennspiritus
„Marke Herold“
 Original-Literflaschen mit Patentverschluß.
 Man nehme nur Flaschen mit unversehrten Verschlußstreifen, auf welchen Gradstärke und Preis vermerkt sind!
30 Pf. pro Literflasche ca. 90 Vol. % exkl. Glas
33 Pf. pro Literflasche ca. 95 Vol. % exkl. Glas
 In Berlin und Umgegend etwa 9000 Verkaufsstellen.
Zentrale für Spiritus-Verwertung, G. m. b. H., Berlin W. 8.

Rote + Rose
 Rechnung 19. bis 23. Dezember.
 Rote 3,30 M., Porto u. Liste 30 Pf.
J. Raehor, Haupt-Kollektor, Mainz.

Dr. Lell wohnt jetzt:
Rosenthalerstrasse 26, II.
 Homöopath und Spiegel-Arzt
 für Haut-, Darm- und Geschl.-Leiden.
 11-2 u. 5-8. Sonnt. 11-3.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
 Zweigverein Berlin.
 Sektion der Gips- und Zementbranche.
 Freitag, 8. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause,
 Engel-Ufer 15 (gr. Saal):

← Versammlung →

 Tages-Ordnung:
 Stellungnahme zum Uebertritt der Stahlschweißer und Gipsarbeiter in den Verband der Bau-Gipsarbeiter.
 Referenten: Th. Bömelburg und G. Beßner.
 NB. Außer den Stahlschweißern und den Gipsarbeitern haben nur noch die
 der Sektion Zutritt zu dieser Versammlung.
 Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.
Mittwoch, 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmännerversammlungen:
Südosten: bei Nass, Mantensstr. 95. 07/30
Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Kommission. 2. Bericht über die Tätigkeit der Kommission. 3. Verschiedenes.
Süden: bei Giesing, Wasserstr. 68.
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauenskommission. 2. Bericht der Vertrauenskommission. 3. Verschiedenes.
Westen und Süd-Westen: bei Habel, Bergmannstr. 5-7.
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauenskommission. 2. Bericht der Vertrauenskommission. 3. Verschiedenes.
Wedding, Gesundbrunnen u. Moabit: bei Milbrodt, Wüllerstr. 7.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensleute. 2. Bericht der Kommission und der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.
Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt: bei Wernan, Schwedterstr. 23.
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauenskommission. 2. Bericht der Vertrauenskommission. 3. Verschiedenes.
Osten I, Osten II: bei Litka (Geflügelgeschäft), Remelerstr. 67.
Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauenskommission. 2. Bericht der Vertrauenskommission. 3. Verschiedenes.
Friedrichsberg, Friedrichsfelde u. Rummelsburg
im Lokal Garsch (Krautringengarten), Frankfurter Chaussee 128.
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Vertrauenskommission für 1906.

Branche der Korbmacher!
bei Hoffmann, Kopenstr. 17.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Jeder Vertrauensmann ist verpflichtet, zu erscheinen. Der Obmann.

Baufischer.
Bezirk Schönhauser u. Rosenthaler Vorstadt u. Gesundbrunnen bei Hube, Kopenhagenerstr. 75.
Bezirk Wedding und Moabit bei Fortanier, Ziegelerstr. 56.
Osten I u. II, Nordosten, Friedrichsberg, Stralau-Rummelsburg u. Friedrichsfelde bei Zietz, Warthenerstr. 61.
Bezirk Süden, Südosten, Südwesten u. Westen bei Mähling, Admiralstr. 18a.
Tagesordnung: Bericht des Obmannes und der Kommission. 2. Bericht der Vertrauenskommission. 3. Verschiedenes.

Drehfeler und Treppengeländerbranche.
Osten: bei Bark, Kopenstr. 41.
Norden: bei Bergmann, Brunnenstr. 79.
Südosten und Westen: bei Stramm, Ritterstr. 123.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Bericht der Vertrauensmänner. 4. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein; auch die in Werkstätten beschäftigten Drehfeler haben einen Delegierten zu entsenden. Aus Treppengeländer-Werkstätten ist aus jeder Branche ein Delegierter zu entsenden.

Möbelpolierer.
Für Osten bei Kubat, Blumenstr. 38.
Für Südosten bei Schulz, Stalitzerstr. 22.
Für Norden bei Maack, Brunnenstr. 96.
Jede Werkstatt hat die Pflicht, vertreten zu sein. Der Obmann.

Musikinstrumenten-Arbeiter
im Gewerkschaftshaus, Saal V.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Jede Fabrik muß vertreten sein. Die Branchenkommission.

Modell- u. Fabrikdrehfeler, Modelldrehfeler
bei Wiesenthal, Adlerstr. 123.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verschiedenes. Die Kommission.

Stellmacher
bei Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Branche der Kistenmacher
bei Bandach, Breslauerstr. 28.
Jede Werkstatt muß vertreten sein!

Branchenversammlung der Tischmacher.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Langhammer über: Die Bedeutung der Tarifverträge für unsere Branche. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Achtung! Kammacher. Achtung!
Mittwoch, den 6. Dezember 1905, abends präzis 8 1/2 Uhr,
Branchen-Versammlung
der Kammacher und aller in der Zelluloid-Kaarschmuckbranche beschäftigt. Arbeiter und Arbeiterinnen
bei Stansch, Große Frankfurterstr. 133.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtratskollegen Genossen F. Kotske über: Was will die Sozialdemokratie? 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kommission.

Bilderrahmenmacher
bei Labowitz, Alte Jakobstr. 83. - Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Branche der Marqueure und Mosakarbeiter.
Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Liebeschenski, Mariannenstr. 48:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.
verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,
in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Brandenburger Provinzialkonferenz. 2. Delegiertenwahl zur Verbandsversammlung von Groß-Berlin. 3. Verschiedenes.
Mittgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (gr. Saal), Engel-Ufer 15:
General-Versammlung
Tages-Ordnung: Die Neuorganisation von Groß-Berlin event. Wahl von Delegierten zur General-Versammlung des Verbandes. Berichtserstattung von der Brandenburger Konferenz. Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Zahlreiches Besuch erwartet. 241/14. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkreis (6st).
Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, in der „Königshaus“, Gr. Frankfurterstr. 117:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins. 2. Wahl eines befohlenen Kassierers. 3. Vortrag.
Zahlreiches Besuch erwartet. 294/5. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein
im fünften Berliner Reichstagswahlkreise
Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Alten Schützenhause, Sinenstr. 5.
Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Brandenburger Provinzialkonferenz. 2. Delegiertenwahl zur Verbandsversammlung von Groß-Berlin. 3. Bericht der Pressekommision.
Mittgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. 206/7*. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.
General-Versammlung
Tages-Ordnung: 1. Berichtserstattung von der Provinzialkonferenz. 2. Wahl der Delegierten zur 1. Generalversammlung Groß-Berlins. 3. Bericht des Vorstandes, Kasienbericht und Bericht der Revisoren. 4. Bericht der Agitations-, Presch- und Lokalkommission. 5. Neuwahl des Vorstandes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Besuch erwartet. 269/3*. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,
im Hoffjäger-Palast, Hasenheide 52/53:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Brandenburger Partikonferenz. 2. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins. 3. Bericht des Vorstandes, der Kommissionen und Neuwahl derselben. 4. Anträge.
Zu Punkt 4 sind folgende Anträge gestellt:
1. Den Bezirkführern eventuell den Bezirken ist die „Neue Zeit“ aus Mitteln des Bezirks zu liefern.
2. § 2 der Geschäftsordnung die Worte zu streichen: „falls kein Widerspruch erfolgt“, an deren Stelle zu setzen: „durch Mehrheits-Beschluß der anwesenden Mitglieder“.
Mittgliedsbuch legitimiert. 239/16*. Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis
(Süd-Ost).
Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, bei Graumann, Rauchstr. 27:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Beratung des Verbandsstatuts für Groß-Berlin. 2. Vortrag über die Bedeutung der Konsumvereine. 3. Verschiedenes.
Mittgliedsbuch legitimiert. 264/6. Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Jenensia-Räder
Brennabor-Räder
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie mit Sozial-Räder 85.-, Sozial-Luxus- mit 100.-, Bedachte Räder billig! Bitte genau auf Paulnummer „23“ zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Weihnachts-Ausnahmepreis!
Reichgesteckte Portieren
Die komplette Dekoration (best. aus 2 Flügeln u. 1 Querb.) in Plüsch . . . 925 (Wert 16,00) in Wollserge 505 (Wert 9,00) in Viktoriatuch . 750 (Wert 13,50)
Eine Partie Wollportieren mit allerliebster Blumenkante per Schal 2 Mark.
Teppich-Spezialhaus Emil Lefevre
Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.
Weihnachts-Extralistik gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko.
Extra billig! div. Teppiche mit kleinen Webefehlern!

Dr. Simmel, Prinzess-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Das größte Brot nur 50 Pf.
Brotware: 6 Stück 10 Pfennig in Albrechts Bäckereien: Orangestr. 135, Krautstraße 19, Goldenscheiderstr. 28, Kopenhagenerstr. 2, Markthalle Pflasterstr., Stand 222/23, Markthalle Andreaskstr., Stand 16/18, Zentrale: Kopenhagenerstr. 13.
Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Seydewitzstr. 9, dicht am Spittelmarkt. Rogentag 1/2, 12-1/2, 1/2, 6-1/2, 8, Sonntags 10-12.

Achtung! Straßenhändler und Händlerinnen! Achtung!
Dienstag, den 5. Dezember, abends 9 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:
Große öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung: 1. Wie verhält sich der Verlag der „S. am Mittag“ nach dem Urteil des Reichsgerichts vom 12. November d. J. Referent: Genosse Gustav Sailer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Angehörigen der Firma Hülst u. Co., die Herren Weigelt, Oberhädt, Grotwald und Klein, sind mittels eingeschriebenen Briefes zum Erscheinen aufgefordert.
An Cuere Solidarität appelliert
Der Einberufer Otto Boose, Rängebergerstr. 6.
NB. Der Verein der stehbewachten Händler und Händlerinnen Berlins und Umgegend tagt regelmäßig jeden Donnerstag nach dem 15. bei Sailer, Neue Friedrichstr. 20. - Er bietet gegen geringen Monatsbeitrag freien Rechtschutz durch den Vereinsfondus und eine Sterbegeld von 60 Mark.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- u. Zementbranche.
Mittwoch, den 6. Dezember 1905, abends 8 Uhr:
2 Gruppenversammlungen.
für Rabitzputzer u. Putzerträger
findet die Gruppenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 3) statt.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Arthur Schmid über: „Kampf und Übung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
NB. In der Versammlung der Rabitzspanner laden wir ganz besonders deren Frauen ein.
Eine rege Beteiligung an den Versammlungen wünsch.
Die Gruppenvorstände.

Die Kreiskonferenz für Nieder-Barim

fand am Sonntagnachmittag im Café Bellevue zu Rummelsburg statt.

Den Vorsitz führte Genosse Freiwaldt. Er eröffnete die Verhandlungen, indem er zuerst dem kürzlich verstorbenen Genossen Weißflud-Lichtenberg einen Nachruf widmete, den die Versammelten stehend anhörten.

Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung:

Die Reorganisation für Groß-Berlin und Bildung eines Kreis-Wahlvereins für Nieder-Barim.

Der Referent Stadthagen erläuterte den bekannten Statutenentwurf für Groß-Berlin. Der Delegiertenwahl zur konstituierenden Generalversammlung für Groß-Berlin liegen folgende Mitgliederzahlen zugrunde: erster Kreis 700, zweiter Kreis 820, dritter Kreis 2250, vierter Kreis (West) 3368, fünfter Kreis (Südost) 4300, sechster Kreis 1500, sechster Kreis 11 000, Zehlendorf 8200, Nieder-Barim 6000. — In seinen weiteren Ausführungen besprach der Referent das der Versammlung vorliegende Organisationsstatut für den Wahlkreis Nieder-Barim. Dasselbe bewegt in der Hauptsache, daß für den Kreis anstatt der bisherigen Organisation ein Kreis-Wahlverein gebildet wird, wie es die Reorganisation unserer Partei erfordert. Die Bezirksaufteilung des Kreises bleibt auch nach dem neuen Statut in der bisherigen Weise bestehen, es wird aber für jeden Bezirk ein Bezirks-Wahlverein gebildet. Die Bezirke sind: 1. Bernau; 2. Erkner; 3. Lichtenberg-Friedrichsberg; 4. Friedrichsberg; 5. Rahlstedt; 6. Friedrichshagen; 7. Waidmannslust; 8. Zehlendorf; 9. Ober-Schöneweide; 10. Pantow; 11. Nieder-Schönhausen; 12. Reinickendorf; 13. Rummelsburg; 14. Neuendamm; 15. Straußensee; 16. Hertzberg; 17. Weichenberg; 18. Oranienburg. Jeder Parteigenosse hat sich in seinem Wohnort zu organisieren. — Alle Bezirke-Wahlvereine bilden den Kreis-Wahlverein. Jeder Bezirks-Wahlverein hat zwei Drittel der Vereinsbeiträge an den Vorstand des Kreis-Wahlvereins abzuliefern. Der Vorstand des Kreis-Wahlvereins, der alljährlich auf der Generalversammlung gewählt wird, besteht aus einem Vorsitzenden, einem Kassierer, zwei Beisitzern, je einem Mitgliede der Propaganda- und Lokalkommission. — Den erweiterten Kreis-Wahlvereinsvorstand bildet der Vorstand des Kreis-Wahlvereins unter Hinzuziehung von je einem Vorstandsmitglied und einem Mitglied jedes Bezirke-Wahlvereins. — Der Kreis-Wahlvereinsvorstand hat alljährlich mindestens zwei Generalversammlungen des Kreis-Wahlvereins einzuberufen, zu der jeder Bezirks-Wahlverein auf je 50 Mitglieder einen Delegierten sendet. Außerdem kann in einer öffentlichen Versammlung, die für den Bezirk von der weiblichen Vertrauensperson einberufen ist, je eine weibliche Delegierte zur Generalversammlung des Kreises gewählt werden. An der Wahl dieser Delegierten dürfen nur weibliche Personen teilnehmen, welche sich zu den Grundsätzen des sozialdemokratischen Programms bekennen und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützen. Auf der Generalversammlung sind außer den Delegierten stimmberechtigt: der Abgeordnete oder Kandidat des Kreises, der Vorstand des Kreis-Wahlvereins und je ein Vorstandsmitglied jedes Bezirke-Wahlvereins, die Revisoren, die vom Kreise gewählten Mitglieder der Propaganda- und Lokalkommission sowie der Komman der Lokalkommission. — Der Kreis-Wahlvereinsvorstand und der erweiterte Kreis-Wahlvereinsvorstand haben unter anderem auch die Obliegenheit, etwaige Forderungen in den einzelnen Bezirken zu gütigen und Kreis-Schiedsgerichte zu diesem Zweck einzusetzen. Die Kreis-Schiedsgerichte dürfen jedoch ebensowenig wie die Wahlvereine auf Ausschluß aus einem Bezirk oder aus der Partei erkennen. Dies kann nur in einem Verfahren auf Grund von §§ 27 und 28 des Organisationsstatuts stattfinden.

Dies sind die wesentlichen Bestimmungen des Kreisstatuts. Dasselbe wurde nach dem Referat und einer kurzen Diskussion angenommen. Außerdem nahm die Versammlung folgende Anträge an:

I.

- 1. Die Generalversammlung erklärt sich mit dem Verbandsstatut Groß-Berlin einverstanden.
2. Die Generalversammlung delegiert zu der ersten Generalversammlung des Verbandes die zu dieser Nieder-Barnimer Generalversammlung Delegierten. Da nach dem Verbandsstatut von Groß-Berlin auf je 50 Mitglieder je ein Delegierter zu wählen ist, zu der Nieder-Barnimer Generalversammlung aber nach dem Nieder-Barnimer Statut weniger Delegierte entsendet sind, so beschließt die Generalversammlung: Die hiernach notwendigen Ergänzungswahlen werden in folgender Art vorgenommen:
a) In der Nieder-Barnimer Generalversammlung wird festgestellt, wieviel organisierte Mitglieder des Kreises vorhanden sind;
b) Die Differenz zwischen dieser Zahl und der Zahl der Kreisdelegierten zeigt, wieviel Ergänzungswahlen im Kreise vorgenommen sind;
c) Die Mandatsprüfungskommission hat nach Maßgabe der örtlichen Organisationen festzustellen, wieviel Ergänzungswahlen auf die einzelnen Bezirke fallen und ihre Vorschläge der Generalversammlung zu unterbreiten. Die Generalversammlung stellt die Verteilung auf die einzelnen Bezirke definitiv fest;
d) Die hiernach erforderlichen Ergänzungswahlen sind von den betreffenden Bezirke-Wahlvereinen vorzunehmen; die auf Grund dieser Ergänzungswahlen gewählten Parteigenossen sind Delegierte des Kreises für die Generalversammlung des Verbandes Groß-Berlin.

II.

Die Generalversammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Genossen, welche in dem Ortsteil wohnen, der zum Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barim gehört, aber in Berlin eingemeindet ist, im Reichstags-Wahlkreis Berlin IV organisiert bleiben.
Die Delegation eines Stadtverordneten bezw. Gemeindevorstanders für die Generalversammlung von Groß-Berlin lehnte die Versammlung ab.
Nach dem hierauf gegebenen Bericht der Mandatsprüfungskommission sind amtesend 78 Delegierte, darunter 3 Frauen, 18 Bezirkstruvestruen und 9 Funktionäre des Kreises. Zur Generalversammlung von Groß-Berlin hat der Kreis 122 Delegierte zu entsenden.
In den Vorstand des Kreis-Wahlvereins wurden gewählt: Vorsitzender Freiwaldt, Pantow, Kassierer Seitel, Lichtenberg, Propagandakommission Grauer, Lichtenberg, Agitationskommission Liesegang, Lichtenberg, Lokalkommission Niel, Rummelsburg, Revisoren Pantow, Reinickendorf, Röße, Weichenberg; Revisionen Sonnenburg, Friedrichshagen, Dellring, Rummelsburg, Weiser, Weichenberg. — Als Aspiranten für den Vorstand von Groß-Berlin wurden aufgestellt Kubig und Seikel und für den Aktionsausschuß Freiwaldt.
Die weibliche Vertrauensperson Frau Jung teilte mit, daß sie von ihrem Amte zurückgetreten und Frau Reumann an ihre Stelle getreten ist.
Hierauf folgte die

Berichterstattung der Funktionäre des Kreises

Frau Jung berichtete über ihre Tätigkeit als weibliche Vertrauensperson. Ihre Einnahme betrug 354,52 M., die Ausgabe 310,68 M., der verbleibende Bestand 43,89 M. Für die russischen Freiheitskämpfer sind unter den Frauen 131 M. gesammelt worden. Der Agitation dienten 10 öffentliche Versammlungen sowie die Verteilung von 1000 Exemplaren der Zeitschrift „Sozialdemokratische Bewegung“ unter den Frauen im Kreise hat, abgesehen die Agitationsarbeit erst seit einem Jahre planmäßig betrieben wird, gute Fortschritte gemacht. 383 Frauen sind organisiert, die „Gleichheit“ wird in 370 Exemplaren gehalten.

Freiwaldt erstattete den Bericht des Kreis-Vertrauensmannes. Die Zahl der politisch organisierten Genossen im Kreise betrug im Jahre 1903 4150, im Jahre 1904 stieg sie auf 5281, sie beträgt jetzt 6090, die sich auf die Wahlvereine folgender Orte bezug. Bezirke verteilte: Bernau 111, Waidmannslust und Zehlendorf 480, Erkner 117, Friedrichsberg 253, Friedrichshagen 781, Oranienburg 218, Pantow 700, Reinickendorf 576, Rummelsburg und Neuendamm 774, Lichtenberg 840, Straußensee 176, Weichenberg 854, Ober-Schöneweide 257. — Außer den organisierten Parteigenossen gibt es im Kreise noch 120 freiwillige Helfer, die aus bestimmten Gründen dem Wahlverein nicht angehören können. — Es wurden 41 Agitationstourne unternommen und kamen zur Verteilung 193 500 Flugblätter, 29 200 Kalender „Vorkämpfer Landbote“, 42 500 Exemplare „Die Fackel“. — Wahlvereins-Versammlungen fanden 226, öffentliche Versammlungen 111 statt. Die Bibliotheken der Wahlvereine umfassen einen Bestand von 3356 Bänden. Die Verbreitung der Parteipresse hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Der „Vorwärts“ wurde im Jahre 1902 in 4000, im Jahre 1903 in 5679, im Jahre 1904 in 6802 Exemplaren gehalten und stieg im Jahre 1905 auf 8649 Exemplare. — Die Massenverhältnisse des Kreises sind als günstig zu betrachten. Die Abrechnung zeigt in Einnahme und Ausgabe die Summe von 13 401,40 Mark und schließt mit einem Bestand von 2007,45 M. An den Parteivorkauf wurden 6000 M. abgeführt.

Dem Bericht folgte eine kurze Diskussion. Wesentliche Ausführungen an demselben wurden nicht gemacht. Einstimmig erteilte die Versammlung dem Genossen Freiwaldt Decharge.

Bericht der Propagandakommission

Kubig gab einen Überblick über die geschäftliche Lage des „Vorwärts“. Unter anderem führte er aus, daß eine Erhöhung der Infanterengebühren in Aussicht genommen sei, auch die Jektifikation der Expedition, die besonders im Interesse einiger Vororte liege, werde in Erwägung gezogen werden, wahrscheinlich sei auch, daß die Vorortbeilage wieder eingehe und der Redaktion mehr Raum zur Verfügung gestellt werde, damit die Vorortangelegenheiten in der ganzen Auflage des Blattes in dem Umfang veräußert werden, den sie verdienen.

Grauer gab eine Darstellung der Vorgänge, welche den sechs ausgeschiedenen Redakteuren Anlaß zur Kündigung gaben. Seine Ausführungen deden sich vollkommen mit dem, was die Parteifunktionäre in dieser Angelegenheit veröffentlicht haben. Der Redner erfuhr die Versammlung, ihre Ansicht darüber auszusprechen, ob die Vertreter in der Propagandakommission sowie die anderen Funktionäre in dieser Angelegenheit den Ansichten der Parteigenossen entsprechend gehandelt haben oder nicht.

Die Diskussion wurde über jeden der beiden Teile des Berichts gefordert geführt. In der Debatte über den geschäftlichen Teil trat einzelne Redner für Verbilligung des Abonnements ein, man erwartet davon eine bedeutend größere Verbreitung des Blattes, was wieder der Agitation zugute komme. Auch die Umgestaltung der Expedition wurde befürwortet mit dem Hinweis darauf, daß die Expeditionskosten in den Vororten, namentlich da, wo die Abonnentenzahl gering ist, ungewöhnlich hoch sind, auch komme der „Vorwärts“ nach den entlegenen Vororten später als bürgerliche Blätter. — Andere Redner vertraten die Ansicht, daß die Erwartungen, welche an die Verbilligung geknüpft werden, durchaus nicht zutreffen. Man müsse sich wundern, daß das alle Lied von den Klagen, daß der „Vorwärts“ zu teuer sei, immer wieder vorgetragen werde. Nicht der Abonnementspreis, sondern die geistige Bedürfnislosigkeit großer Kreise der Arbeiter sei schuld, daß der „Vorwärts“ noch nicht so weit verbreitet ist, als wir alle wünschen.

Der zweite Teil des Berichtes rief eine längere Debatte hervor. Kollstedt-Rummelsburg stellte sich ohne Einschränkung auf die Seite der ausgeschiedenen Redakteure und verurteilte unbedingt das Verhalten des Parteivorstandes und der Propagandakommission. Er bezeichnete die Handlungsweise der Parteifunktionäre gegen die Redakteure als eine Aussperrung, wie sie schlimmer in keinem kapitalistischen Betriebe vorgenommen werden könne. Die sechs Redakteure hätten, als sie ihre Kündigung veröffentlichten, in der Notwehr gehandelt. Deshalb sei die Veröffentlichung, die sonst nicht zu billigen wäre, in diesem Falle gerechtfertigt gewesen. Das Vorgehen gegen die Redakteure sei so schädel. . . (Hier wurde der Redner, den man bis dahin ruhig angehört hatte, durch lebhaften Pfuirufe unterbrochen. Der Vorsitzende rihte den Ausdruck „schädel“.) Der Redner fuhr fort: Man habe ja den Redakteuren, nachdem man auf ihre weitere Tätigkeit verzichtet hatte, sogar das Betreten der Räume des „Vorwärts“ verboten. (Grauer: Das ist ja nicht wahr!) Weiter meinte der Redner, es sei eine Vergeudung von Parteigelbern, daß den ausgeschiedenen Redakteuren ihre Gehälter bis zum 1. April gezahlt wurden, anstatt sie bis dahin in der Redaktion zu belassen.

Freiwaldt bemerkte auf eine Aeußerung des Vorredners: Es sei nicht wahr, daß Stadthagen bei dem Vorgehen des Kreises Nieder-Barim in der „Vorwärts“-Affäre die treibende Kraft gewesen sei. Was in dieser Angelegenheit vom Kreise aus geschieden, das sei durch die Vertreter des Kreises veranlaßt, ohne daß Stadthagen den Anstoß dazu gegeben habe.

Sonnenburg-Friedrichshagen billigte das Verhalten des Parteivorstandes im „Vorwärts“-Konflikt. Das Ausschneiden der Redakteure sei ein Resultat, welches die Genossen von Groß-Berlin längst wünschten. Es sei der Abschluß gewesen von jahrelangen Verhandlungen, welche die Parteifunktionäre mit den Redakteuren wegen der Haltung des Blattes geführt haben. Man könne also nicht behaupten, die Redakteure seien nicht gehört worden. Durch die Veröffentlichung der Kündigung hätten die Redakteure ihre Vertrauensstellung mißbraucht. Es sei ganz ungerade, wenn man diese Angelegenheit als einen Konflikt gewerkschaftlicher Art hinstellen wolle. Die sofortige Entlassung und Fortzahlung des Gehaltes sei keine Vergeudung von Parteigelbern, denn wenn man die sechs Redakteure noch bis zum 1. April in der Redaktion gelassen hätte, dann hätten sie die Partei noch schwerer schädigen können.

Link-Friedrichsberg verteidigte die ausgeschiedenen Redakteure. Der schwerste Verstoß sei es, daß man sie nicht zu den Verhandlungen, wo über ihre Kündigung beraten wurde, hinzugezogen habe. Das hätte gerade deshalb geschehen müssen, weil sie weniger eine Großtat, als vielmehr ein Vertrauensamt inne hatten. Unter der früheren Redaktion habe der „Vorwärts“ eine fortgesetzte Verbreitung erfahren, ein Zeichen, daß das Blatt gut und die Mehrheit der Genossen mit der Haltung desselben einverstanden waren. Ein Vorredner habe gesagt, jetzt wehe ein feister Geist in den Spalten des „Vorwärts“. Was das für ein Geist sei, das sehe man, wenn man sich die Parteinachrichten betrachte. Sie strotzen von Anbuhlern und alte Parteigenossen würden da in einer Weise behandelt, die entschieden verurteilt werden müsse. Es sei ein Schandfleck für die Partei, daß man die Kündigung der Redakteure beschloß, ohne sie gehört zu haben. Jetzt sei ja die Angelegenheit als erledigt zu betrachten. Wir werden trotz allem als Parteigenossen unsere Pflicht tun, wir werden es uns aber nicht nehmen lassen, unsere Stimme zu erheben, wenn die Parteifunktionäre unrecht gehandelt haben.

Hohenstein führte aus, es seien wohl auf beiden Seiten Verstoße begangen worden. Wenn man das einsehe, dann könne man die Debatte über diese Angelegenheit beenden und die Streitfrage begraben.

Stadthagen bezeichnete es als eine falsche Annahme, daß man ihn als den Schiedler in der Angelegenheit bezeichne. Er habe noch in der Sitzung am 17. Juni gegen die Annahme der dort gefassten Resolution gesprochen. Hohenstein meinte es mit seiner Mahnung zum Frieden gar nicht gut; es könne aber nicht zugesagt werden, daß auf beiden Seiten Verstoße begangen seien. Parteivorstand und Propagandakommission habe nichts getan, was zu tadeln ist.

Die ausgeschiedenen Redakteure hätten dagegen in diesem Konflikt ein solches Verhalten an den Tag gelegt, daß sie die Achtung, die Redner vordem vor ihnen hatte, verloren haben. Es sei nicht wahr, daß in Jena alles, was den „Vorwärts“ betraf, friedlich und schließlich erledigt worden sei. Die Genossen Haase und Dieh, die Redner erst jetzt im Reichstage darüber gesprochen habe, seien geradezu entrüstet, daß Eisner und Genossen es so hinstellten, als seien die Wünsche, welche die Berliner Genossen hinsichtlich der Änderungen in der „Vorwärts“-Redaktion hatten, durch die Verhandlungen der Fünfzehner-Kommission, der lediglich die Anträge 112 bis 115 überwiesen waren, als erledigt zu betrachten. Auch die Darstellung, welche die „Berliner Volkszeitung“ über die Kontroverse zwischen Eisner und Ströbel in der Fünfzehner-Kommission brachte, haben die Genossen Dieh und Haase als unwahr bezeichnet. Im Plenum des Parteitages haben Weibel und Weiss ausdrücklich gesagt, daß Änderungen in der Redaktion des „Vorwärts“ notwendig sind. Nach alledem könne man also nicht behaupten, in Jena sei die ganze „Vorwärts“-Angelegenheit friedlich-schließlich erledigt worden. — Das Vorgehen gegen die Redakteure sei kein Verstoß gegen die demokratischen Grundätze. Wenn sich die sechs Redakteure durch das Verhalten der Partei-Instanzen verstoßt fühlten, dann stand ihnen das Recht der Beschwerde an die Kontrollkommission zu. Es sei eine irdige Annahme, wenn man sage, da Parteivorstand und Propagandakommission einig waren, so wäro den Redakteuren der Weg der Beschwerde an die Kontrollkommission abgeschnitten. Der Weg der Beschwerde stehe vielmehr nach dem Organisationsstatut gegen jede Handlung des Parteivorstandes offen, auch dann, wenn er mit der Propagandakommission übereinstimmt. Nach diesem Grundsatz sei bereits in früheren Fällen gehandelt worden, wie die Parteitagsverhandlungen 1901 und 1902 erweisen, daß sei auch den Redakteuren bekannt. — Nun habe man auch den jetzigen Redakteuren zum Vorwurf gemacht, daß sie sich nicht mit den ausgeschiedenen solidarisch erklärt hätten. Was würde man wohl sagen, wenn beispielsweise ein Mitglied einer Streikleitung, mit dessen Tätigkeit die betreffende Partei unzufrieden ist, zum Rücktritt veranlaßt wird oder selber zurücktritt, und wenn sich deshalb die übrigen Mitglieder der Streikkommission mit ihrem Kollegen solidarisch erklären, gleichfalls zurücktreten und dadurch die Weiterführung des Streiks vereiteln würden. Man würde solche Leute für schwere Schuldiger der Arbeiterfrage erklären. Von diesem Gesichtspunkt aus müsse man auch die „Vorwärts“-Affäre betrachten. Die jetzigen Redakteure seien keine Streikbrecher. Hätten sie sich mit den ausgeschiedenen Redakteuren solidarisch erklärt und dadurch das Erscheinen des „Vorwärts“ unmöglich gemacht, dann hätten sie die Partei-Interessen aus das schwerste geschädigt. Nach den demokratischen Grundätzen gehört der „Vorwärts“ den Parteigenossen, aber nicht den Redakteuren. Die Veröffentlichung der Kündigung sei ein Mißbrauch des Vertrauens. Wenn in dieser Angelegenheit die demokratischen Grundätze verletzt worden seien, dann nur durch die ausgeschiedenen Redakteure. Es sei jetzt Sache der Versammlung, klar und deutlich auszusprechen, ob sie das Verhalten der Parteifunktionäre billigt oder mißbilligt.

Hierauf wurde ein Schlußantrag angenommen und über die zu dieser Angelegenheit eingegangene Resolution abgestimmt.

Angenommen, und zwar mit 77 gegen 10 Stimmen, wurde die folgende Resolution:

„Die Kreiskonferenz des Kreises Nieder-Barim beschließt nach Anhörung der Propagandakommissionsmitglieder und nach Würdigung aller in der Affäre Parteivorstand und Propagandakommission vontra der sechs früheren Redakteure des „Vorwärts“ gepflogenen Verhandlungen:

Die Kreiskonferenz erklärt sich mit der Haltung des Parteivorstandes, der Propagandakommission und den Funktionären Groß-Berlins völlig einverstanden und erwartet, daß Redakteure sich als Vertrauenspersonen der zuständigen Organisation betrachten, mit denen sie in ständiger Fühlung zu bleiben haben.

Sie gibt weiterhin der Meinung Ausdruck, daß das Verhalten der in Frage kommenden Redakteure ein in jeder Beziehung der Partei schädigendes ist, und erwartet, daß derartige Dinge im Interesse der Partei zu unterbleiben haben.

Da der Abschluß dieses Konfliktes den langjährigen Wünschen der Nieder-Barimner Parteigenossen entspricht, so begrüßt die Kreiskonferenz diesen Abschluß im Interesse der Partei.“

Müller-Rummelsburg brachte eine Resolution ein, welche besagt, es solle der Grundsatz anerkannt werden, daß Parteiangelegenheiten vor ihrer Kündigung zu hören sind. — Der Antragsteller führte dazu aus, er wolle mit seiner Resolution nicht Stellung nehmen zu der gegenwärtigen Angelegenheit, sondern nur einen Grundsatz aufstellen, der in Zukunft zu befolgen ist.

Stadthagen bemerkte, wenn die Resolution nicht besagen solle, daß das in ihr aufgestellte Prinzip in diesem Falle verletzt sei, dann gehöre sie nicht zu diesem Punkte der Tagesordnung.

Die Versammlung beschloß, über die Resolution Müller zur Tagesordnung überzugehen. Dasselbe Schicksal fand eine dritte Resolution, welche die Entwertung ausdrückt, es möge die Polemik in der „Vorwärts“-Angelegenheit eingestellt werden.

Der Vorsitzende Freiwaldt erstattete, die 2 Delegierten aus Weichenberg und die 4 aus Rummelsburg, welche gegen die angenommene Resolution stimmten, hätten dadurch nur ihrer persönlichen Ansicht Ausdruck gegeben, der im Gegensatz stehe zu dem Standpunkt, welchen die Genossen der beiden Bezirke einnehmen. Welcher Ansicht die Friedrichsfelder Genossen seien, von denen vier dagegen gestimmt hätten, sei nicht bekannt.

Winkler-Friedrichsberg bemerkte darauf, er glaube, daß die Mehrheit des Bezirkes Friedrichsberg sich auf den Standpunkt der angenommenen Resolution stellen würde.

Vorl-Freiwaldt: Wie haben auch die 4 Friedrichsfelder Delegierten nur für ihre Person gestimmt.

Hohenstein: Ich wollte nur meiner persönlichen Stimmung Ausdruck geben. Meine persönliche Auffassung deckt sich zu 99 Proz. mit der des Genossen Stadthagen.

Link-Friedrichsberg: Da in unserem Bezirk keine Abstimmung stattfand, so gibt Winkler nur seiner Vermutung Ausdruck. Ich kann dagegen sagen, wenn in Rahlstedt eine gesonderte Abstimmung vorgenommen worden wäre, so würde sich die Mehrheit auf meinen Standpunkt gestellt haben.

Hierauf gab Liesegang einen kurzen Bericht der Agitationskommission. Er hob besonders hervor, daß die Agitation und Organisation im Kreise Nieder-Barim, die den Genossen von Nieder-Barim obliegt, noch nicht die gewünschten Erfolge gezeigt habe und deshalb in Zukunft intensiver betrieben werde.

Der Vertreter der Lokalkommission verzichtete wegen der allgemainen Unzufriedenheit bei vorgerückter Zeit auf die Erstattung eines Berichtes.

Der Vorsitzende Freiwaldt sagte zum Schluß, diese Kreiskonferenz sei die letzte, welche in der alten Form, die sie seit dem Fall des Sozialistengesetzes hatte, getagt hat. Möge die Partei auch unter der neuen Organisationsform neue Erfolge erringen und eine weitere Stärkung erfahren. Der Redner schloß die Konferenz mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Unberechtigter Versammlungsauflösung.

Am 14. September fand in Adlershof eine Versammlung statt, in der der Schriftsteller Schneidt sprach. Zu der Versammlung waren außer den beiden überwachenden Gendarmen 13 Gendarmen und 4 Polizeidiener mobil gemacht. Inwiefern in dem von Polizeimanuskripten entlösten Teil des Zehlendorfer-Stralower-Kreises die Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet wurde, erhellt aus dem offiziellen Polizeibericht nicht. In Adlershof löste der Gendarm um 11 Uhr wegen Eintritts der Polizeihunde die Versammlung auf.

Der Vorsitzende legte dar, daß er den Saal mittels schriftlichen Mietvertrages vom Saalhaber gemietet hatte, und lehnte es ab, sich „sogleich zu entfernen“. Er wies im Disput mit dem Gendarm auf eine kammergerichtliche Entscheidung vom 14. September 1904 hin, die anerkannte, daß die Polizeistunde für gemietete dem öffentlichen Schankverkehr entzogene Räume nicht Anwendung finden könne. Trotzdem erfolgte Anklage wegen Verletzung gegen das preussische Vereinsgesetz (§§ 5, 6, 8). In der kürzlich an dem Köpenicker Schöffengericht stattgehabten Verhandlung beantragte der Angeklagte aus den von ihm schon bei der Versammlungsaufhebung geltend gemachten Gründen seine kostenlose Freisprechung, der Amts-anwalt war der Ansicht, daß der Frevel, sein Hausrecht nicht verletzen lassen zu wollen, mit 15 Mark Geldstrafe eventuell drei Tagen Gefängnis zu büßen sei. Das Gericht erkannte aus den vom Angeklagten geltend gemachten Gründen auf kostenlose Freisprechung. — Wiederholt haben wir eingehend dargelegt, wie es sich mit der „Polizeistunde“ für öffentliche Versammlungen verhält und können nur den Rat wiederholen, den wir bereits in der Nummer 139 des „Vorwärts“ vom 16. Juni 1905 erteilt haben und hier wiederholen wollen. Die Rechtslage ist folgende: Eine Auflösung einer öffentlichen Versammlung wegen Eintritts der Polizeistunde ist nach dem Gesetz in Preußen unzulässig. Das ergibt der Wortlaut des Vereinsgesetzes und seine Entschuldigungsgehalte. Nach dem preussischen Vereinsgesetz (§§ 1, 5, 8, Abs. 3) sind alleinige Auflösungsgründe: Nichtvorlegung der Anmeldebekanntmachung, Versäumnis der Eröffnung der Versammlung in der ersten Stunde nach der Anmeldebekanntmachung, Erörterung von Anträgen oder Vorschlägen, die

eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten und Nichtentfernung Bewaffneter. Hinzutritt noch für Versammlungen politischer Vereine Nichtentfernung von Frauen, Schülern oder Lehrlingen trotz polizeilichen Befehrs. Die Auflösungs-befugnis ist durch diese Gründe für eine Auflösung eingehend und völlig geregelt. Der Eintritt der Polizeistunde ist danach kein Auflösungsgrund. Ueberdies ist bei Beratung des Vereinsgesetzes ein Vorschlag der Regierung, in dem Vereinsgesetz auszusprechen, daß die Dauer der Versammlung die zur Schließung öffentlicher Orte festgesetzte Zeit nicht überreichen solle, ausdrücklich im Jahre 1849 von der Zweiten Kammer abgelehnt. Das ist der Rechtsstandpunkt, den das Gesetz klar vorgezeichnet und den auch die Judikatur stets anerkannt hat — bis zum 9. Juli 1902. An diesem Tage erging ein Oberverwaltungsgerichtsurteil, das die Polizeistunde auch für Versammlungen gelten lassen will, weil und sofern der Versammlungsraum ein öffentlicher Schankraum ist. An dieser falkischen Judikatur hat das Oberverwaltungsgericht mit der Beharrlichkeit festgehalten, mit der leider so oft Irrtümer aufrecht-erhalten werden. Die Praxis muß mit der Unveränderlichkeit ober-verwaltungsgerichtlicher Erkenntnis rechnen. Deshalb ist der Rat erteilt, dafür Sorge zu tragen, daß dem Versammlungsraum von dem Eintritt der Polizeistunde ab der Charakter einer Schankstätte oder eines öffentlichen Vergnügensorts genommen wird, diesen Zu-stand herbeizuführen liegt in der Hand der Versammlungseinerer. Treffen Sie mit dem Inhaber des Lokals eine schriftliche Vereinbarung etwa des Inhalts: „Der Wirt A. vermietet von . . . Uhr ab des 21. Dezember 1905 bis um 3 Uhr morgens des 21. Dezember 1905 seinen Saal Herrn B. gegen

Zahlung von . . . Mark Miete; Herr A. verpflichtet sich, von Eintritt der Polizeistunde ab seinen Gewerbebetrieb bis um 3 Uhr morgens des 21. Dezember nicht auszuüben“ und tragen die Einberufer oder Leiter der Versammlung durch Ausstellung eines Postens an der Tür, durch Mitteilung an der Tür oder durch Mitteilung in der Einladung zur Versammlung dahin Sorge, daß niemand ohne ausdrückliche Genehmigung des Einberufers oder Leiters der Versammlung nach Eintritt der Polizeistunde das Lokal betreten darf, so ist eine dann erfolgende Auflösung wegen Eintritts der Polizeistunde ein un-gesetzlicher Eingriff in den Hausfrieden. Wie die eingangs mitgeteilte Gerichtsverhandlung zeigt, wird diese Unge-setzlichkeit auch von den Gerichten anerkannt. Die weitere strafrechtliche Konsequenz einer dennoch erfolgenden Auflösung wäre, gegen den auflösenden Beamten wegen Hausfriedens-bruchs und Mißbrauchs der Amtsgewalt einzuschreiten. Diese Kon-sequenz wurde vor dem Erlass des Sozialistengesetzes auch mit Er-folg gezogen. Seitdem ist und kein Fall bekannt, in dem die An-klagebehörde angenommen hätte, ein so vorgehender Beamter besäße den zu seiner Strafbarkeit erforderlichen Dolus, d. h.: er übersehe in vollem Umfange die Tragweite seiner Handlung. Käme sie zu einem anderen Ergebnis, so könnte sie freilich nicht umhin, auch fahrlässige Anlagen erhebende Beamten in Anklagezustand zu setzen. Beamte sind keine Arbeiter, die Beengung des Versammlungsrechts trifft wesentlich die Arbeiterklasse — so ist erklärlich, weshalb nicht Störer des Hausfriedens, sondern die in ihren Hausfriedensrechten Verletzte in Preußen hin und wieder die Anklagebank betreten müssen. Unseren Genossen müssen wir deshalb nochmals die eben skizzierten Winke zur Beachtung empfehlen.

Für Weihnachten

empfehlen wir unseren werten Lesern nachstehende Werke, die sich zu Geschenken besonders eignen, zur gefälligen Beachtung.

Berlin SW. 68

Lindenstraße 69, Laden.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68

Lindenstraße 69, Laden.

fritz Reuters sämtl. Werke in einer neuen illustrierten Prachtausgabe 2 Bände, elegant in Halbklein gebunden, Groß-Dezimo-Format, circa 1200 Seiten, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschen Wörterbuch. **Preis nur 3 Mark.**

Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde und Familie. Herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten von Emanuel Urm. 824 Seiten. Groß-Dezimo mit 10 Tafeln und 134 in den Text gedruckten Abbildungen. **Preis nur 4 Mark.**

ferdinand freiligraths sämtl. Werke in drei elegant. Leinenbänden nur 5 M. (bisher. Pr. 15 M.)

Sonstige Klassiker-Ausgaben.

Börne 3 Bde. 6.— M.	Hebel 4 Bde. 6.— M.	Lessing 2 Bde. 4.50 M.
Chamisso 1 Band 1.75	Heine 4 6.—	— 3 5.—
Sichendorff 2 Bde. 3.50	Hoffmann 4 8.—	Rückert 3 6.—
Gaudy 1 Band 1.50	H. v. Kleist 1 Band 1.75	Schiller 4 6.—
Goethe 6 Bde. 10.—	Körner 1 1.60	Shakespeare 4 6.—
— Auswahl in 4 6.—	Lenau 1 1.75	Stifter, Werke 2 4.—
Hauff 2 8.50		Uhland, Werke 1 Band 1.75

Dieselben Klassiker-Ausgaben in besser. Ausstattung u. Halbfranz je 50 % teurer. — Hauffs, Heines, Lessings, Schillers, Shakespeares Werke je 1 Band, geb. a 3 M., Goethes Werke in Auswahl, 1 Band 4 M.

Zu herabgesetzten Preisen liefern wir:

Geschichte der französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik. Volkstümlich dargestellt von P. Götlicher anstatt 6,00 M. jetzt 5.— M.
Die deutsche Revolution von 1848 und 1849. Geschichte der deutschen Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dargestellt von W. Blos anstatt 5,70 M. jetzt 5.— M.

Der Mensch und seine Rassen von B. Langfabel anstatt 5,50 jetzt 5.— M.
Die Geschichte der Erde von R. Sömmel anstatt 5,90 M. jetzt 5.— M.
Die Pflanzenwelt von R. Sömmel anstatt 5,50 M. jetzt 5.— M.

Die Tierwelt von R. Sömmel anstatt 7,10 M. jetzt 5.— M.
Die Wunder des Kosmos populär dargestellt v. D. Söhler anstatt 5,50 M. jetzt 5.— M.
Weltschöpfung und Weltuntergang populär dargestellt von D. Söhler anstatt 4,75 M. jetzt 4,25 M.

Diese Bücher sind sämtlich in Prachteinbänden gebunden. — Der Text ist durch zahlreiche Illustrationen und viele farbige Tafeln veranschaulicht und erläutert.

Leopold Jacoby: Çunita. Ein Gedicht aus Indien in zehn Gesängen. Elegante Ausstattung (Prachteinband). :: :: :: Preis (früher 8 M.) jetzt nur 2,50 M.

Als Zimmer schmuck für Arbeiterwohnungen empfehlen wir noch:
Lassalle, Marx und Engels. Kunst-Porträts. Bebel, Liebknecht, Singer. In bester Ausführung in Kupferabdrückung in feinstem Ausfühung auf Japanpapier 1,50 M. Ausführung auf chines. Papier. Bildgr. 36:48 cm | Rembrandt auf Japanpapier 10 M. Kartongr. 65:85 cm. — Jedes Bild nur 4 M. | Bildgröße 22:30 cm — Kartongröße 40:53 cm.
„Die Freiheit führt das Volk“ „Der erste Mai“ „Die Marcellaiste“
Kupfergravüre. Bildgr. 43:54 cm | Kupferätzung. Bildgröße 47:68 cm | Zum ersten Male vorgetragen v. d. Kartongr. 72:95 cm, Preis 6 M. | Kartongr. 73:95 cm, Preis 3 M. | Dichter Rouget de L'Isle. Pr. 40 Pf.

Rembrandts Mutter gerahmt Preis 2,50 M. | **Worpweder Landschaften** gerahmt Preis 2,25 M.

„Die Hohenzollern-Legende“ Kulturbilder aus der preussischen Geschichte vom 12. bis 20. Jahrhundert von dem der erste Band vorliegt. — Wir empfehlen auch dieses kostens. Band I gebunden in Halbfranz 8 M., in Leinen 7 M.

„Wider die Pfaffenherrschaft“ Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, von G. Rosenow (fortgesetzt von H. Stroebel) 2 Bände, gebunden in Halbfranz 16 M., in Leinen 14 M.

„In freien Stunden“ von denen jetzt sieben Bände erschienen sind, über deren Inhalt das Schriftchenverzeichnis Auskunft gibt :: :: Pro Band: in Halbfranz 4 M., in Leinen 3,50 M.

Ferner empfehlen wir:
Aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels, Lassalle herausgegeben von F. Mehring — 4 Bände gebunden anstatt 31 M., für 20 M.

Jugend-Bücherschatz Eine herrliche Sammlung von Märchen, Fabeln und Erzählungen, in reichster Weise illustriert.
1. Das häßliche Entlein von Andersen (61 Illustr.) | 4. Karnidefs Abenteuer von Remus (128 Illustr.)
2. Der Froschprinz von Grimm (63) | 5. Reinecks Ruch (188)
3. Die Geschichte vom Rotkehlchen von Speyer (64) | 6. Schözig Fabeln Keops (222)

Märchenbücher von Andersen, Bechstein, Grimm, Hauff u. a. führen wir in reicher Auswahl und jeder Preislage bis zu 5 M. am Lager.

Von Erscheinungen aus Partei-Verlagen empfehlen wir:
Erckmann-Chatrian: Frau Therese. Eine gemüthvolle, zu Herzen bringende Erzählung, die die Jugend in die erhabenen Ideen der Völkerebefreiung und Verbrüderung einführt. Gut illustriert. In Leinenband 1,00 M.
v. Wildenradt: Der Zöllner von Klausen. Illustriert von E. M. Bilien. In Leinen (statt 4.— M.) 2.— M. In Halbklein 1.— M.

Jugendschriften mit Farbendruckbildern.
a 25 Pfennig: Der Schiffsjunge und sein Lebensgang
a 30 Pfennig: Die Gemshäjer, Die Feldjäjer
a 40 Pfennig: Don Quixote von La Mancha Gullivers Reisen. Im fernem Westen Josef Wärensus Wüschhausens Reisen und Abenteuer. Nur ein Bilder
a 1,50 M.: Robinson Crusoe, Wilhelm Tell
a 50 Pfennig (statt 75 Pf.): Robinson Crusoe (Groß-Format mit vielen Illustration), Wilhelm Tell
a 1.— M.: Der schwarze Wison, Robinson Crusoe
a 2.— M.: Der Glöckspeter von H. Chr. Andersen. In eleg. Ausstattung. Regulärer Preis 4.— M., jetzt 1.— M.
a 1,20 M.: Coopers Lederstrumpf-Erzählungen 1. Der Bildhauer 2. Der letzte Mohikaner 3. Der Pfadfinder 4. Lederstrumpf — Die Prairie Gullivers Reisen nach Drobbingnag W. Hauffs Rächtenstein Gebbels Schapkläulein
a 2.— M.: Coopers Lederstrumpf Deutscher Balladen-Vort Gullimolechen, von Feidhof Ransen Jugendfreund.
Ein sonstigen Jugendschriften, Erzählungen etc. führen wir in allen Ausführungen ein reichhaltiges Lager in jeder Preislage.

Bilderbücher in besserer Ausstattung.
Struwpeterss Geschichten — 60 M. | Kinderstube 1,25 M.
Wie's uns gefällt — 75 | Zimmer froh tagaus, tagein 1,25 M.
Hocus Focus. Ein lustiges Verwand- lings-Bilderbuch — 90 | Singsage. Allerhand Schmiedschnad für Kinder, hochfeine Illustrationen. 4.— M.
Der Zoologische Garten (statt 2.— M.) 1.— M. | Alte Kinderreime. Mit künstlerischen Illustrationen von E. Kreidolf 5.— M.
Trauben und Daheim 1.— M.

Außerdem sind **Bilderbücher in guter Ausstattung und in jeder Preislage** bei uns zu haben.

Märchenbücher etc. mit Farbendruckbildern.
a 20 Pfennig: Käsenbrödel, Der gestiefelte Kater, Rotkäppchen, Dornröschen, Hänsel und Gretel, Schneewittchen
a 25 Pfennig: Lausend schön
a 40 Pfennig: Ein Blütenstrauch aus der Märchenwelt, Märchen nach Gebr. Grimm
a 50 Pfennig: Die Gänsemagd, Tischlein deck dich, Die sieben Raben, Keops Fabeln, Klauersündchen in der Kinderstube, Deutsche Volksmärchen
a 60 Pfennig: Märchen nach Gebr. Grimm, Perlen und Edelsteine
a 1.— M.: Die Wiesenzwerge von E. Kreidolf, H. Chr. Andersen's Märchen, Räbezahls Märchen
a 1,20 M.: 2. Bechsteins Märchenbuch mit 84 Holzschritten
a 1,20 M. (statt 2.— M.): Aus der goldenen Märchenwelt Die Schwalben, Rosen und Dornen
a 1,25 M. (statt 2.— M.): Märchenstrauch für die Kinderstube Schapkläulein der schönsten Märchen
Hauffs Märchen (Einzelausgabe) Die Karawanen 1,50 M. Der Scheich von Alexandria 1,50 M. Das Wirtshaus im Speßart 1,80 M.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 5. Dezember. Anfang 7 Uhr:
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Die Walküre.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Schauspielhaus. Der Schwur der Treue.
Neues Opern-Theater. Gustav Adolf-Festspiele.
Neues. Ein Sommernachtstraum. Wägen. Scharaffenland. Deutsch. Der Kaufmann von Venedig.
Bestiner. Marie-Marie. Vorher: Der Geigenmacher von Cremona. Anfang 8 Uhr:
Zentral. Feste. Lesung. Zwischenplatz. Kleines. Ein Feiertag. Angele. Schiller O. (Wagner-Theater.) Rosenkranz.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häusliches Theater) Der Weichselkaiser.
Römische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Neuburg. Der Prinzeßgemahl. Trionon. Der letzte Troubadour. Lustspielhaus. Der Familientag. Thalia. Bis früh um fünf! Carl Weiß. Der Mädchenhändler. Luffen. Der Weichselkaiser. Deutsch. Amerikanisches. Wer Herz Herzog!
Metropol. Auf ins Metropol. Kasino. Das Opferlamm. Ubblo. Prinzeß Rosine. Waghalla. In Lebensgefahr. Herrfeld. Familientag im Hause Prellstein.
Wintergarten. Eugenie Fougère. — Spezialitäten.
Folies Caprices. Nach dem Habenstreich. Vorher: Familie Knopfloch. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängerkreis. Spezialitäten.
Urania. Landenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsonne. Hörnsaal 8 Uhr: Dr. v. Unruh: Erdmetalle.

Urania Taudenstr. 48/49.

8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtsonne. Hörnsaal 8 Uhr: Dr. v. Unruh: Erdmetalle.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62. Hörnsaal 8 Uhr: Die veränderlichen und neuen Sterne.

P. CASTANS PANPHTICUM
Friedrichstr. 165.
„Ernte.“
Schattenspiel in 9 Bildern.
Wanderung durch das Nital.
Restaurant:
Harburger Säger.

Apollo-Theater.

Täglich 8 Uhr:
Das grandiose, erstklassige Spezialitäten-Programm.
9 1/2 Uhr:
Prinzeß Rosine
von Paul Lincke.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Frau Luna und das vollständige Dezember-Spezialitäten-Programm.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in allen Räumen gestattet.

Kasino-Theater

Lothringerrstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Abendlich ausverkauft.
Großer Lachserfolg!
Das Opferlamm.
Vorher das sensation. Dezemberprogramm. Neu! Baldwin Broth. Neu! Sonntag nachm. 4 Uhr: Arbeit schändet nicht.

Gebüder Herrnfeld-Theater.

Heute präzise 8 Uhr:

Familientag im Hause Prellstein

Komödie in 3 Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Vorverk. 11-2 Uhr. (Theaterkasse).

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzeßgemahl.
Sätzlicher Schwank in 3 Akten von 2 Tenor und 3 Chöre.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrolleur.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67.
Zum **93. ABER!**
Male: **Herr Herzog**
Jeden Sonnabend, nachmittags 4 Uhr:
Hänsel und Gretl in Amerika. Kleins Preise. Ein Kind frei. Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise. Ueber'n großen Teich.

Folies Caprice.

Budapester Posen-Theater
132 Lindenstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher:
Familie Knopfloch
u. d. ausgezeichneten Spezialitätenenteil.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Wertheim und an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Begeleit.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wanjuschins Kinder.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Schiller-Theater N. (Friedr. Wils. Th.).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Velleinfresser.
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.

Colosseum Dresdener-Str. 97.

Anfang 8 Uhr. — Sonntags 7 Uhr. —
Lotte Sebus Wardini
das unerreichte kom. Duett
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr:
Jed. Platz 50 Pf. (1 Kind frei). Weihnachtspräsent.
X Demnächst: **Rin - in's Colosseum!** X
Berlins größtes Geheimnis. Tagesgespräch Chicagos. O. Fürst. Litke Carlzen. Bendiz.
Humoristische Volksvorstellung.
Weihnachtspräsent.
Im Konzertsaal bis 1 Uhr nachts: Gastspiel d. Ersten Wiener Damenorchesters „Die süßen Mädchen“ (9 Damen, 2 Herren, 1 Negor) v. d. Wiener Opernvereinsung. Schimbauer

Zirkus Albert Schumann

Heute abend präzise 7 1/2 Uhr:
Eine wirkliche Sensation!

Autoholide.

La belle Mlle. de Thiers.
Außerdem: Riesen-Programm. sämtliche Spezialitäten u. 4 indische Fakiro. Miss Texas Hattie — 6 Peris. Los Queiroles, spanische Kruppe. Dir. Alb. Schumanns neue moderne Dreifurten. — Ferner:
Die Perle aller Pantomimen: Der Tag des Englischen Derby.

Lustspielhaus. Nemesis.

Abends 8 Uhr:
Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee Nr. 118.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters
Großer Klavier-Abend.
Othello, der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten v. Shakespeare.
Auf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Entrée 30 Pf., nummerierter Pl. 50 Pf. (im Abonnement 40 Pf.)

Carl Weiß-Theater.

Str. Franzfurterstr. 132.
Mädchenhändler.
Schauspiel in 5 Akten v. J. S. Orsch.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag 4 Uhr: Fischbrödel.
Abends 8 Uhr: Störenfried.
Sonntag zum erstenmal: Don Stufe zu Stufe.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Mit neuer Ausstattung:
Nathan der Weise.
Ein dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
In Vorbereitung: Glöckner von Notre-Dame.

Passage-Theater.

Anfang abends 8 Uhr.
Das sensationelle Dezember-Programm.
Buddhas Tafel
(Die Schrift aus dem Fernost).
Paquarotte, feans. Operette.
14 neue erstklassige Nummern.

Belle-Alliance

Theater-Variété.
Abends 8 Uhr:
Durchweg neues Programm.
14 hervorrag. Debüts.
Josephine Petit
Flammen- und Radium-Tanz.
Rebusas
lustiger Banerhof.
Sepp Werner, Humorist.
Anita Barling, Jongleuse.
Jim u. Jam, Musical.
Les Ostras, Akrobaten.
Erna Allison, Kugelläuferin.
Lino Quatt, der kleine Sally.
La Laura, Etoile Excentrique.
Hilton Clo., Grottesk-Pantom.

Germania-Säle.

Charlottenburg. Spreestr. 13.
Jeden Dienstag:
Original-Harburger Säger.
Direktoren: E. Frid u. Fr. Rasche-Krause.
Anfang 8 Uhr.
Entrée 30 und 50 Pf.
Vorzugsarten haben Günstigkeit.

Zirkus Busch.

Zum 16. Male:
Indien.
Orig.-Manège-Ausstatt.-Stück des Zirkus Busch in 8 Bildern. Besonders hervorzuheben:
Eine Tigerjagd in den Dschungeln Indiens.
Ferner: Eine Witwenverbrennung. Außerdem: Elefanten-Kämpfe. 6 importierte arabische Vollblutheute, dressiert und vorgeführt von Herrn Ernst Schumann und die vorz. Programmnummern.

WINTERGARTEN
Eugenie Fougère
Pariser Excentrique-Sängerin.
C. Bernardi, Verwandlungskünstler.
Mc. Bann, Keulenjongleur.
Rosa Naynon, dressierte Vögel.
Perrins, Handpantomime.
Leno Land, Parodist.
Siegwart Gentes, Humorist.
de Grey, Barfuß tänzerin.
Im Pensionnat, Ballett-divertissement.
Die 3 Olympier, Bronzestatuen.
Biograph.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Elite - Dezember - Programm.
Carin Andara, Vertrags-künstlerin.
Carl Braun, Verwandlungs-Künstler.
Im Krug zum grünen Kranze.
Singpiel von D. Richter und 10 erstklassige Nummern.
Familienarten in allen Barbier-, Friseur- und Scharrengehäusen sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.
Sonntag, den 9. Dezember: Extravorstellung zum Besten des Nationalbankes für Veteranen.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4^a

Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Gastspiel des **Löwe-Ensembles.**
Papas Tischgesellschaft.
Lustspiel in Akten von Wallachas.
Morgen Mittwoch:
Die Brüder v. Steinhof.
Somst. Mont. Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Säger und Tanzkränzen.
Sonntag Beginn 5 Uhr.
Buchtage 8 Uhr.

Otto Pritzkwos Berliner Abnormitäten-Theater

Mützenstr. 16.
Riesen-Weihnachts-Programm!
Barnum u. Baillays Abnormitäten.
Wunderkahn Pluto, geboren mit 4 Beinen, 2 Körpern, 1 Kopf.
Der Welt-Keloß, schwerste Dame, die je gelebt.
Die fliegende Venus??
Der Skotlänndsch, 37 Kilo schwer.
Die Hellschorin Armida. — Riesen, Zwerg, Phänomen, Fakiro, Hallscher, Feuerkünstler, Gedankenleser etc. — Entree wie immer. Keine Nachzahlung.

Schöneberger Wintergarten

Goltzstr. 9.
Täglich Theater- und Spezialitätenvorstellung.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.
Jede erwachsene Person hat ein Kind frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direction.

Reichshallen.

Heute:
Stettiner Säger.
Zum Schluß!
Kräuslein Doktor.
Zeitbarste von Regiel.
Anfang: 8 Uhr.
Buchtage: 7 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Das Riesen-Dezember-Programm.
Neu! Niles Unita, Neu! einzig existierende Saartafel.
Neu! Mr. Hardon, Neu! Befehlshüter und Musikmeister.
Neu! Von Südwest-Afrika zurück, oder: Stille Nacht, heilige Nacht!
Weihnachts-Lebensbild mit Anfang in einem Akt.

Variété Elysium

Kommandantenstraße 3/4.
Täglich:
Auftreten von 36 erstklassigen internationalen Spezialitäten.

Artus-Hof

Perlebergerstr. 26. Stendalerstr. 12.
Säle von 100—1200 Pers. Neben den gebieten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater - Vorstellung.
Jeden Montag: Quartettfänger und humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Etablissement Buggenhagen

Mortzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Nur 5 Tage
Dienstag, 5. Dezember,
Mittwoch, 6. Dezember,
Donnerstag, 7. Dezember,
Freitag, 8. Dezember,
Sonntag, 9. Dezember,

stellen wir mehrere Posten vorjähriger oder nicht moderner, wie auch mit kleinen Fehlern behafteter **Herren-Winterpaletots** zu stark herabgesetzten Preisen, teilweise für die Hälfte, teils für den dritten Teil der bisherigen Preise, zum Verkauf. Diese **Winterpaletots** wie auch die darunter befindlichen **Modellkleidungstücke** sind durchweg aus realen Stoffen.

Ein Posten **Winter-Paletots** 6 M.
Ein Posten **Winter-Paletots** 9 M.
Ein Posten **Winter-Paletots** 12 M.
Ein Posten **Herren-Winterjoppen** 4,50 und 5 M.
Wir bitten höfl. dem Verkäufer zu sagen, wenn zurückgesetzte Paletots gewünscht werden.

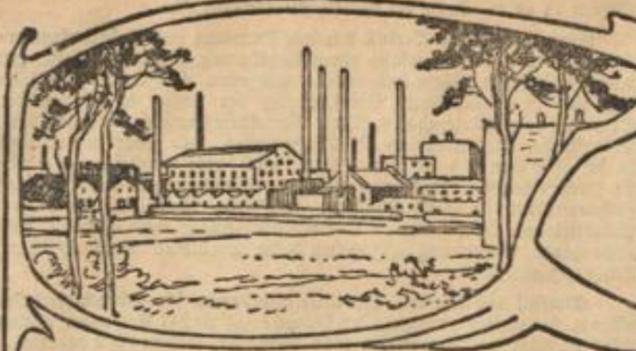
Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich sichtbar.

Reitinger & Co.
Oranienstraße 40-41
Deutsche Compagnie.
Berlin S.O.
Ein Posten zurückgesetzter **Herren-Jackett-Anzüge** 12 M.
Ein Post. dunkelgrauer **Gehrock - Anzüge** 17 und 20 M.

Jetzt 200 ff. Zigarren umsonst.

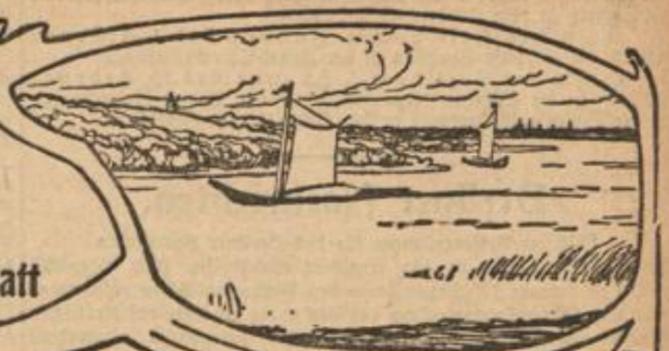
Aus Konturs nur bis 12. Dezember 200 hochfeine 8 Wfa.-Zigarren 10,50 Mk. und außerdem 200 gratis für Weiterempfehlung. Weg. Nachnahme. Garantie: Rückzahlung. **A. Kaufmann, Hamburg 1.**

Götz Kraft
Die Geschichte einer Jugend
Roman in vier Bänden von Edward Stilgebauer
Schluss-Band
soeben erschienen
Preis pro Band brosch. 4 Mk., gebd. 5 Mk.
Bisher **145.000** Bände
wurden verkauft
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt von Rich. Bong, Berlin W. 57.



Horort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1983.

Nr. 284. Dienstag, den 5. Dezember 1905.

Inserate sechsgepaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Der Jahlabend findet in diesem Monat ausnahmsweise am Mittwoch, den 6. Dezember, statt, eine außerordentliche Generalversammlung am Dienstag, den 12. Dezember. Der Vorstand.

Wilhelmsruh. Heute abend 8 1/2 Uhr Diskutierabend des Wahlvereins bei Barth (früher Willmerodt).

Friedenau. Den Genossen zur Nachricht, daß Dienstag, den 5. d. M., im „Reichslosh“ eine Volksversammlung stattfindet. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Schöpflin über die Flottenvorlage. 2. Diskussion.

Reinickendorf-West. Der Diskutierabend des sozialdemokratischen Wahlvereins findet am Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Franke, Eichbornstr. 18, statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Groß-Lichterfelde.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat sein Operationsfeld zunächst nach Groß-Lichterfelde verlegt und am vergangenen Donnerstag eine öffentliche Versammlung im „Babilon“ veranstaltet, zu der Männer aller Parteien, insbesondere Arbeiter eingeladen waren. Lange vor Eröffnung der Versammlung war der Saal dicht besetzt — fast ausschließlich mit Parteigenossen. Am Rednerpult befand sich ein Willkommen-Gruß für die Proletarier, dahin lautend, daß der Reichsverband den Saal für diesen Tag und die Nacht gemietet und demgemäß ihm das Hausrecht zustehe.

Um 8 1/2 Uhr eröffnete Schriftsteller Konemann die Versammlung, hieß die Anwesenden „willkommen“ und machte sie mit der Geschäftsordnung bekannt, einem Wechselbalg, der dem preussischen Abgeordnetenhaus zur Fierde gereicht haben würde. Redezeit für Diskussionsredner 20 Minuten. Um sich der Rasse gegenüber einen sozialen Anstrich zu geben, ist man von der gesellschaftlichen Stufenleiter einige Stufen herabgestiegen und führte zum Referenten den ehemaligen Bergarbeiter Ermet, der über das Thema: „Woher führt uns die Sozialdemokratie?“ zu sprechen hatte. Das Referat selbst war nichts als Papstware; nie und nirgends eine persönliche Note des Vortragenden. Einleitend führte dieser in seinem Vortrage aus, daß das Bürgertum verabsäumt habe, rechtzeitig den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen, deren Ziele er als Unsinns bezeichnen zu können glaubte. Daß die Klassen durch indirekte Besteuerung auszubringen seien, findet der ehemalige „Bergarbeiter“ ebenso in der Ordnung wie die Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse im preussischen Klassenparlament und den Kommunen. Die Sozialdemokratie fordere nur immer, gleichgültig, ob diese Forderungen auch „praktisch“ seien. Gegen die Versicherungsgesetzgebung habe sie im Reichstag gestimmt (heftiger Widerspruch). Marine, Militarismus, Kolonialpolitik — das alles hält Redner auch gerade im Interesse der Arbeiterschaft für nützlich und nötig. Vor allem müsse es Aufgabe der bürgerlichen Parteien sein, den Kampf gegen die Sozialdemokratie energisch aufzunehmen. Selbstverständlich dürfte in dem Bereich der Betrachtungen die „Vorwärts“-Angelegenheit nicht fehlen. Der Beifall war, wie bei der Zusammenkunft der Versammlung natürlich, recht bescheiden.

In der Diskussion nahm als erster Redner Genosse Kaliski das Wort, betonend, daß in zwanzig Minuten eine eingehende Erörterung aller Fragen nicht möglich sei. Vor allem müsse er konstatieren, daß gerade der „Reichsverband“ mit den gemeinsten Mitteln arbeite. Auch der heutige Vortrag sei faulisch gewesen. Eine Ansammlung von Wägen, die ältesten Lodenhüter hätten zu unserer „Bekämpfung“ herhalten müssen. Mit äußerster Schärfe, die den im Bureau sitzenden Herren offensichtlich Unbehagen verursachte, seht Redner mit seiner Kritik des völkerverwundenden Militarismus und Marinismus ein, gedächte des Generals Scharnhorst, dessen Bestreben, ein wirkliches Volksherr zu schaffen, an der Junkerkippe gescheitert sei. Die empörenden Soldatenmishandlungen, diese Best des modernen Heerwesens, zeigte Redner an drastischen Vorkommnissen und geißelte das Bestreben, die Öffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens unter der Rotibierung der „Befähigung von Staatsinteressen“ nach Kräften auszuschließen. Unsere Kolonien seien Sand- und Dredpläne, wirtschaftlich wertlos und kostspielig. Die jüngste Thronrede lasse vermuten, daß wir einer Weltkriegsperiode entgegenkämen, deren Kosten an Gut und Blut die Arbeiterklasse tragen müsse, dieselbe Arbeiterklasse, die mehr und mehr unter einer unterhüllten Klassenjustiz zu leiden habe. Trotz alledem werde die Arbeiterklasse der kapitalistischen Gesellschaft auf den Leib rücken. (Stürmischer Beifall.)

b. Sobell bedauert zunächst, daß so viele Sozialdemokraten anwesend seien. Bezüglich des Generalsrechts glaubt er nicht, daß wegen des „Lumpigen Wahlrechts“ die Partei in einen solchen eintreten werde. (Heftiger Widerspruch.) Er hoffe, daß schließlich die Gewerkschaften gegen die Partei Stellung nehmen würden.

Nachdem noch die Genossen Liebold, Blah, Pink und noch einige Gegner gesprochen, wurde Schluß der Debatte beantragt, aber abgelehnt. Inzwischen wurde infolge der vorgerückten Zeit ein Antrag von sozialdemokratischer Seite eingebracht, die Verhandlungen zu vertagen und für die neue Versammlung das Thema: „Die Ziele der Sozialdemokratie“ auf die Tagesordnung zu setzen. — Das Bureau lehnte jedoch ab, „Anträge anzunehmen“, einige Herren vom Reichsverband erklärten aber privatim, mit der Vertagung und dem Antrag einverstanden zu sein. Kaliski begründete denselben damit, daß der „Reichsverband“ über die Ziele und Aufgaben der Sozialdemokratie nach den gehörten Ausführungen völlige Unwissenheit bekundet habe und es gut sei, wenn er sich vorher orientiere. (Große Heiterkeit.) Die Vertagung wurde alsdann beschlossen.

In seinem Schlusswort erklärte der ehemalige Bergmann, daß „eigentlich“ nichts widerlegt sei von seinen Ausführungen. Kaliski habe bloß so radikal gesprochen, um sich bei den Genossen wieder einzuschmeißen. (Zuruf von Kaliski: Sie sind ein Ehrenmann!) — Es war betrüblich nach Mitternacht, als unsere Genossen mit einem brausenenden Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung verlassen konnten.

Nowawes.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung in Nowawes zeitigte einige recht interessante Momente, welche ein helles Licht auf die Rück-

ständigkeit der bürgerlichen Gemeindevertreter werfen und eine aufmerksame Kontrolle von sozialdemokratischer Seite unerlässlich machen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Genosse Gruhl, den auf die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung gestellten Antrag der Volksschullehrer auf Erhöhung ihrer Bezüge öffentlich zu verhandeln. Er begründete dies damit, daß die Bürgererschaft ein Recht darauf habe, die Stellung der einzelnen Vertreter zu dieser Frage kennen zu lernen; andererseits habe sich die Mehrheit der Vertretung und der Gemeindevorsteher auf den Standpunkt gestellt, daß aus nichtöffentlichen Sitzungen nur die nackten Beschlüsse veröffentlicht werden dürften. Damit könnten wir uns nicht einverstanden erklären, da wir unseren Wählern über unsere Tätigkeit Rechenschaft ablegen müßten. Wenn uns in der letzten Sitzung der Gemeindevorsteher für unwürdig erklärt habe, Gemeindevorteiler zu sein, so müsse betont werden, daß darüber nur die Wähler zu befinden haben. Der Gemeindevorsteher erwiderte, daß er derartige Punkte, wobei persönliche Sagen zur Sprache kommen könnten, stets auf die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung stelle, doch stehe es der Vertretung frei, anders zu beschließen; im übrigen betrachte er es als Gefühlsache, wie weit jeder Vertreter von den Verhandlungen in nichtöffentlichen Sitzungen Gebrauch mache. Nach einer längeren Diskussion, in welcher der „freisinnige“ Herr Nathan eine mit vielen Beifall und über gepöbelte Rede hielt und Herr Feische sich in seiner bekannten „geistreichen“ Redeweise gegen den Antrag Gruhl gewandt hatte, wurde derselbe abgelehnt. — Hierauf legte der Gemeindevorsteher die Jahresrechnung vor, welche einen Ueberschuß von 10 550 Mark aufweist, wovon 5000 Mark dem Betriebsfonds überwiegen werden, der damit auf 15 000 Mark erhöht ist. Bei diesem Punkte brachte Genosse Gruhl zur Kenntnis, daß in diesem Jahre gegenüber dem Vorjahre 2000 Mark mehr für Reparaturen an Schulhäusern ausgegeben seien. Da solche Reparaturen an die hiesigen Handwerker der Reihe nach vergeben werden und im Berichtsjahre „zufälligerweise“ zwei Gemeindevorteiler an der Reihe waren und den Löwenanteil an diesen Arbeiten davontrugen, so müsse es den Ansehen erwecken, als ob die der Gemeindevertretung angehörenden Unternehmer einen Vorzug bei Vergabung derartiger Arbeiten vor den anderen genössen. Es sei nur korrekt, Gemeindevorteiler von den Gemeindearbeiten auszuschließen; leider sei dieser Antrag abgelehnt worden; wir müssen aber darauf dringen, daß in Zukunft die Arbeiten anders verteilt werden. Hierzu gab der Gemeindevorsteher die Erklärung ab, daß derartige in Zukunft nicht mehr vorkommen werde, da jede notwendig werdende Staatsüberschreitung der Gemeindevertretung vorher zur Genehmigung unterbreitet werden soll. — Der Antrag der Begehrkommission auf Pflasterung der Südseite der Lindenstraße bot ebenfalls Anlaß zu einer längeren Diskussion. Der Sejngemeister Gösch, welcher lieber stets die Pflasterarbeiten für die Gemeinde zur vollen Zufriedenheit ausgeführt hätte, hatte der Gemeinde das Anerbieten auf Lieferung von Vorsteinen zu einem außerordentlich billigen Preise unter der Bedingung gemacht, ihm zugleich die Pflasterung genannter Straße zu dem bisher gezahlten Preise zu überlassen, und daß er sofort damit beginnen könne. Diergegen wandte sich der Schöffe Gorgas, welcher eine neue Submission verlangte, da wir sonst das Ortstatut umgehen würden. Genosse Gruhl befürwortete den Antrag, indem er ausführte, daß der genannte Unternehmer in jeder Beziehung bisher anständig gegen die Gemeinde gehandelt habe, außerdem auch fast nur mit Gefellen arbeite, so daß wir gar keine Ursache haben, diese Arbeit einem anderen Unternehmer zu übertragen; das Ortstatut sei bei anderen Gelegenheiten auch schon umgangen worden. Hierauf wurde der Antrag der Begehrkommission angenommen. Weiter beschloß die Versammlung, in Gemeinschaft mit Neuwendorf eine elektrische Feuer-Alarmvorrichtung in beiden Orten nach Potsdamer Muster zu schaffen. Die Kosten befaßen sich für jeden Ort auf zirka 300 Mark jährlich. — Damit war der öffentliche Teil der Sitzung erledigt und gelangte nunmehr das Gesuch der Lehrer um Erhöhung ihrer Bezüge zur Verhandlung. Diefelben beantragten, das Grundgehalt von 1200 auf 1400 Mark, die Alterszulage von 200 auf 225 Mark und den Wohnungsgeldzuschuß, welcher bisher 300 Mark betrug, zu erhöhen. Diefes Gesuch wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Gemeinde eine derartige Mehrausgabe von zirka 8000 Mark jährlich nicht ohne die Zustimmung der Regierung leisten könne, da dieselbe dann vielleicht den außerordentlichen Zuschuß von 21 500 Mark, den wir zu den Schullasten erhalten und bei der finanziellen Lage des Ortes dringend bedürfen, herabschreiben würde; der Gemeindevorstand wurde beauftragt, dieses den Antragstellern unter dem Ausdruck des Bedauerns zur Kenntnis zu bringen. — Hoffentlich wenden sich nun die Lehrer mit ihrer berechtigten Forderung an die Regierung, womit sie voraussichtlich Erfolg haben werden, da ja ihre Neuwendorfer Kollegen die geforderten obigen Gehaltsätze von der dortigen Vertretung bewilligt erhalten haben und es unbillig wäre, die hiesigen Lehrer gegen die Neuwendorfer in ihrem Einkommen zurückzusetzen.

Eberwalde.

Im Kampfe mit Wilderern erschossen. Einem schweren Verbrechen ist man bei Eberwalde auf die Spur gekommen. In der dortigen Forst wurde der Lederhändler Korn aus Bernau in seiner Jagdhütte aufgefunden. A. hatte bei dem Dorfe Schönfeld die Jagd gepachtet und war Ende voriger Woche dorthin gefahren. Vorgesetzt entdeckte man die Leiche des Pächters. Nach dem Ergebnis der bisherigen Untersuchung liegt zweifellos ein Mord vor. Wahrscheinlich hat zwischen A. und Wilderern ein Kampf stattgefunden, wobei der Pächter hinterücks erschossen wurde. Die Leiche ist durch die Behörde zur Obduktion befehlagnahmt worden.

Zpandan.

Von einem schrecklichen Unfall wurde gestern der 46-jährige Schiffsheizer Fritz Junfer aus Neu-Dartmannsdorf auf dem Schiff „Schröter“ betroffen. Beim Anhängen seines Fahrzeugs an einen Schlepptanker geriet Z. mit dem rechten Fuß in eine Schleiße der Saletplatte, wobei das Bein unter dem Anie völlig gerammt wurde. Der Sauerverletzte kam nach dem Krankenhaus, wo sofort eine Amputation erfolgen mußte.

Friedenau.

Feuerungszulage in Friedenau. Die Friedenauer Gemeindevertretung hat in abheimer Sitzung beschlossen, den Unterbeamten und Gemeindegarbeitern eine Feuerungszulage von 1500 M. zu gewähren und die Art der Verteilung dieser Summe dem Gemeindevorstande überlassen.

Treptow-Baumshulenweg.

Die Gemeindevertretung hielt am Freitag nach siebenwöchentlicher Pause eine Sitzung ab, in welcher eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen war. Für die Erweiterung der Friedhofshalle und des Reichenfellers, sowie für Reparaturen im Totengraberhaufe ist die Summe von 3217 M. (223 M. weniger als veranschlagt) ausgegeben worden. Genosse Gramenz kritisierte das kleinliche Verhalten der Vaulleitung, welche notwendige Arbeiten im Wohnhaufe nur teilweise ausgeführt und es dem Totengraber überlassen habe, dieselben auf seine Kosten zu vollenden. Ein Antrag, ihm die Kosten zurückzuerhalten, wurde, nachdem Gemeindevorteiler Krülls dagegen gesprochen, abgelehnt. Ein schönes Beispiel für gleichmäßige Verwendung der Gelder, wenn man bedenkt, daß für Reparaturen des Amtsdirektor-Wohnhauses, trotzdem es vollständig umgebaut worden ist, jährlich 300 M. ausgenommen werden. Der nächste Beratungsgegenstand, Nachbewilligung der Mehrkosten für die freiwillige Feuerwehr, führte zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen unserem Parteigenossen Hofmann und dem Amtsdirektor. Hofmann empfahl die Anschaffung einer Binde, welche für die mechanische Weiter und bei etwaigen Unglücksfällen im Straßenbahnverkehr notwendig gebraucht wird. Hier wurde Redner vom Vorsteher mit den Worten: „Dieses gehört nicht hierher!“ unterbrochen, worauf Hofmann bemerkte: „Wenn Sie meinen, daß es nicht hierher gehört, tun Sie mir leid!“ Der anscheinend nervöse Amtsdirektor entzog ihm hierauf das Wort und rief ihn zur Ordnung. Genosse Hofmann beabsichtigte zu antworten und erhielt einen zweiten Ordnungsruf. — Beim nächsten Punkt der Tagesordnung stellte Hofmann fest, daß die Leitung anders gehandhabt wird, wenn ein bürgerlicher Vertreter in Frage kommt. Für Beleuchtung und Heizung der Turnhalle haben die Vereine pro Abend eine Mark zu zahlen. — Zum Kurator der 1. Gemeindegshule wurde Gemeindevorordneter Ridel gewählt.

Teltow.

Beim Diebstahl verunglückt ist der Arbeiter Waitzitz. Er hatte am Vormittag des 1. Dezember in der Kantine der Kärntner Station einen seiner Kollegen ein Rad entwendet, wurde aber erwischt und sofort verfolgt. So schnell er konnte, kaufte er die Ruhlsdorferstraße entlang; als ihn Passanten aufhalten wollten, bog er aus und stürzte bei der Gelegenheit. Bei diesem Sturz wurde ihm ein Arm gebrochen, außerdem zog er sich eine erhebliche Kopfwunde zu. Das Rad ging in Trümmer.

Rizdorf.

Ein Paket, einen Arbeitsanzug und Schlosserhandwerkzeuge enthaltend, ist im Bahnhof-Wartezimmer zu Treptow am Sonntag früh gefunden worden und kam in Rizdorf, Köpflstr. 17, vorn III bei Wubring abgeholt werden.

Trebbin (Kreis Teltow).

Glänzend abgeschritten haben bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl in Trebbin unsere Parteigenossen. Die aufgestellten Kandidaten, die Genossen Trebus, Hammann und Häbner wurden mit je 94 resp. 92 Stimmen gegenüber 80 bis 82 gegnerischen Stimmen gewählt. Somit ziehen die ersten drei Arbeitervertreter ins Trebbiner Stadiparlament ein.

Reinickendorf-West.

Die letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit dem Organisationsstatut für den Wahlkreis Niederbarnim. Durch die vorgeschlagene Bezirksinteilung haben die Genossen für die Fortentwicklung unserer Bewegung ein Gemmis und beschloffen: Die heutige Mitgliederversammlung des Wahlvereins Reinickendorf-West erklärt sich mit der Einteilung des 12. Bezirks nicht einverstanden, die Mitglieder fühlen sich durch die Einteilung zurückgesetzt. Der Verein wurde bisher als ein selbständiger geführt und hat dabei an Mitgliedern zugenommen. Die Versammlung gibt daher den Delegierten zur Kreiskonferenz mit auf den Weg, dieser Einteilung nicht zugustimmen, sondern dahin zu wirken, daß wir einen selbständigen Bezirk erhalten.

Zu § 3 wurde folgende Resolution angenommen: Die heute bei Otto, Berlinerstraße, tagende Mitgliederversammlung protestiert gegen die Festlegung, zwei Drittel der Beitragseinnahmen an den Kreis abzuliefern. Dieser Beitrag ist zu hoch. Durch diese Bestimmung wird der Agitationsfähigkeit des Vereins jede Bewegungsfreiheit genommen. Im weiteren wurde zu § 6 beschlossen, den Kreis durch 4 Delegierte vertreten zu lassen und die Genossen Gold und Franke dazu gewählt.

Schiffahrtssperre im Winter 1905/1906.

Wie der Berliner Handelskammer vom Regierungspräsidenten in Potsdam mitgeteilt ist, werden im Winter 1905/6 für Schiffe und Fische gesperrt: A) In der Zeit vom 1. Januar bis 1. März 1906: 1. die nördliche, große Kammer der Schleife Gade im Plauer Kanal; 2. die Schleife Jüteborg im Jülekanal; 3. die Schleife Friedenshal in der Brandenburger Havel; 4. die Schleife Gr. Tränke und die Obers-, Mittel- und Untersleuse Fürstberg a. D. in der Spre-Ober-Wasserstraße; 5. die Schleuse Neuhaus in der oberen

